



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

05

Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik
Mai 2024
Monatsbericht

16

Wirtschaftliche Dynamik erhöhen,
Wachstumspotenzial stärken

20

20 Jahre EU-Erweiterung

24

Transformation der Bauwirtschaft
durch Leichtbautechnologien

WIRTSCHAFTLICHE
ERHOLUNG ZEICHNET
SICH AB

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Lage in der Ukraine ist auch im dritten Kriegsjahr äußerst angespannt. Die russischen Attacken nahmen zuletzt deutlich zu und hatten insbesondere die ukrainische Energie-Infrastruktur zum Ziel. Umso wichtiger, dass wir unsere Freundinnen und Freunde in der Ukraine aus Solidarität und auch aus eigenem Interesse weiterhin unterstützen. Deswegen helfen wir ihnen in ihrem Kampf um ihre eigene Souveränität und um die Freiheit Europas. Um die deutsch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen – auch mit Blick auf einen späteren Wiederaufbau – zu intensivieren, bin ich vergangene Woche mit einer Wirtschaftsdelegation nach Kiew gereist. Im Fokus stand dabei neben anderen Themen auch die Energieversorgung.

In Deutschland deuten erste Anzeichen auf eine leichte, aber doch wahrnehmbare wirtschaftliche Erholung hin: Gesunkene Energiepreise, weltwirtschaftliche Belebung und sinkende Krankenstände kurbeln insbesondere die Wertschöpfung in der Industrie und die Produktion in energieintensiven Branchen an. In der Frühjahrsprojektion, die die Bundesregierung am 24. April vorgelegt hat und die wir in dieser Ausgabe vorstellen, rechnen wir für das aktuelle Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 0,3 %, für 2025 mit 1,0 %. Die Inflationsrate sinkt – von 5,9 % im vergangenen Jahr – weiter deutlich auf 2,4 % im laufenden Jahr. 2025 dürfte die Inflationsrate mit 1,8 % wieder unter dem EZB-Zielwert von 2,0 % liegen. Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ergeben sich vor allem aufgrund der andauernden geopolitischen Unsicherheiten, die zu Verunsicherungen bei Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern, erneuten Preisanstiegen oder Handelsbehinderungen führen könnten.

Daneben beschäftigen uns die strukturellen Herausforderungen wie die demografische Entwicklung und die De-



karbonisierung der Wirtschaft weiter. Entscheidend ist eine angebotsseitige und wachstumsorientierte wirtschaftspolitische Antwort, die Klimaschutz und Nachhaltigkeit miteinbezieht. Eine solche Antwort gibt die Bundesregierung. Sie hat zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Investitionen in zukunftsfähige und nachhaltige Formen der Wertschöpfung ankurbeln, Bürokratie abbauen und Anreize für die Aufnahme und Ausweitung von Erwerbsarbeit setzen. Auch dazu berichten wir ausführlich in dieser Ausgabe.

Im Mai 2024 jährt sich die fünfte und größte EU-Erweiterung zum zwanzigsten Mal: Im Jahre 2004 traten mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien sowie Malta und Zypern zehn Länder der EU bei. Das 20. Jubiläum dieser Erweiterung wird ebenfalls Thema dieser Ausgabe sein. Außerdem finden Sie einen Bericht über das Potenzial von Leichtbautechnologien für die Bauwirtschaft vor.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Robert Habeck

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt



DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den Schlaglichter-Newsletter an und verpassen Sie keine Ausgabe mehr: schlaglichter/newsletter



MEHR IM WEB

Schlaglichter-Ausgaben online lesen:
www.bmwk.de/schlaglichter

- 02 Editorial
- 04 Konjunkturschlaglicht
- 42 Impressum

Wirtschaftspolitik

- 07 Wirtschaftliche Erholung zeichnet sich ab
- 16 Wirtschaftliche Dynamik erhöhen, Wachstumspotenzial stärken
- 20 20 Jahre EU-Erweiterung
- 24 Transformation der Bauwirtschaft durch Leichtbautechnologien
- 28 Termine

Konjunktur

- 30 Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im April 2024
- 36 BIP Nowcast für das erste und das zweite Quartal 2024
- 38 Monetäre Entwicklung

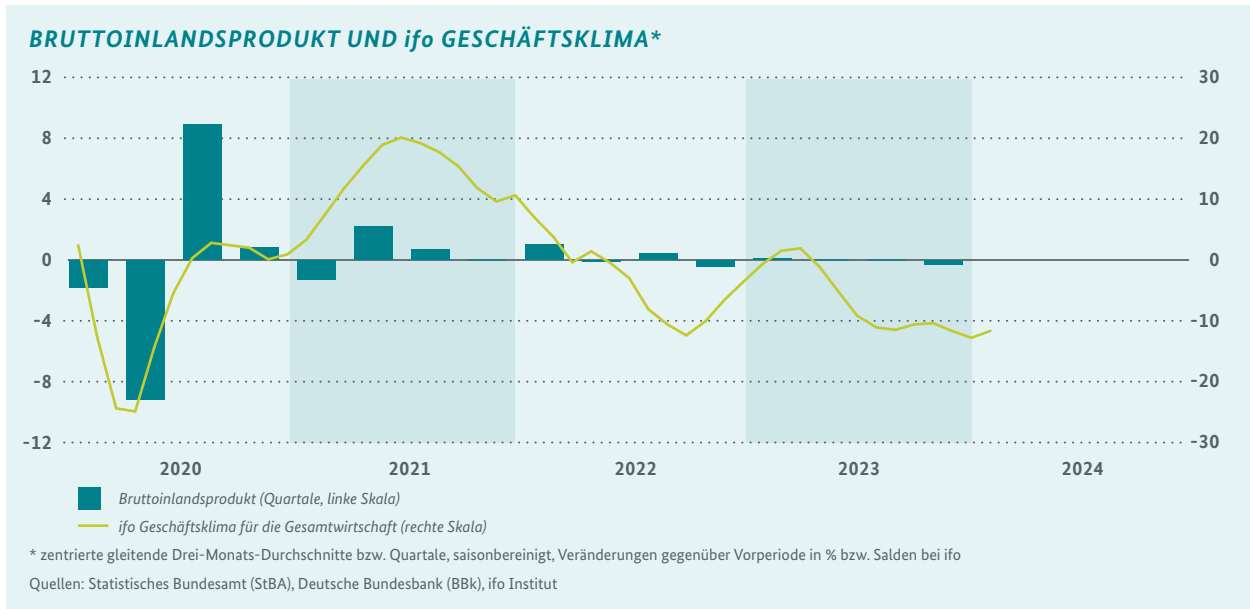
KONJUNKTURSCHLAGLICHT

April 2024

Jüngste Konjunkturindikatoren deuten Stabilisierung an



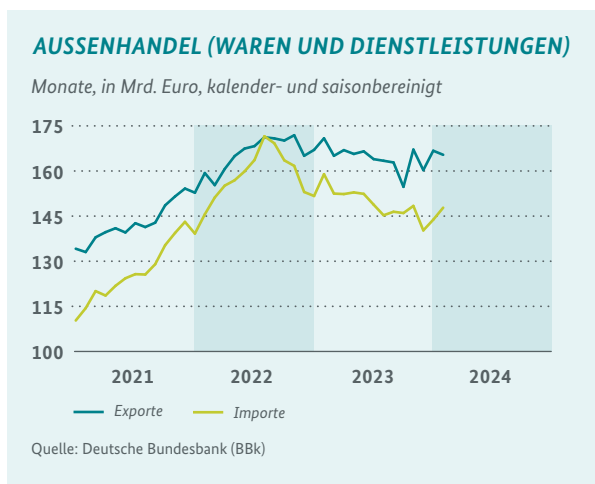
Gesamtwirtschaft



Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich zur Mitte des ersten Quartals stabilisiert. Die Industrieproduktion, insbesondere auch in den energieintensiven Bereichen, erholte sich in den ersten beiden Monaten des Jahres spürbar. Gleichzeitig legte auch die Bauproduktion kräftig zu. Mit beigetragen haben günstige Witterungsverhältnisse und eine Normalisierung des Krankenstands. Insgesamt ist das Bild noch gemischt. So blieb die Entwicklung im Einzelhandel trotz allmählicher Stabilisierung der Kaufkraft bei anhaltendem Beschäftigungsaufbau bis zuletzt schwach. Frühindikatoren, die auf Umfragen bei Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern basieren, deuten aber auf eine konjunkturelle Trendwende hin.



Außenwirtschaft



Trotz Rücksetzer bei den Ausfuhren ist eine Erholung des Außenhandels in Sicht. Nach einem kräftigen Zuwachs im Januar sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im Februar gegenüber dem Vormonat (sb) etwas zurückgegangen (-0,8%). Die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen expandierten im Februar mit (sb) +2,8% wieder recht deutlich. Von den Frühindikatoren kommen erneut positive Signale für eine moderate Erholung der Exporte. Eine Verschärfung der geo- und handelspolitischen Spannungen stellt jedoch weiterhin ein Risiko dar.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

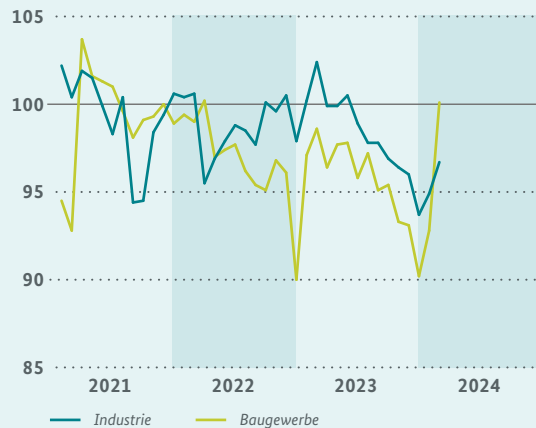
Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



Produktion

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2021 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

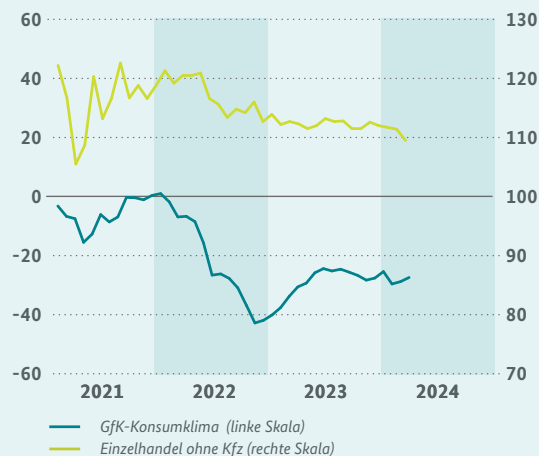
Kräftiger Produktionszuwachs seit Jahresbeginn. In der Industrie war im Februar der zweite Anstieg in Folge zu beobachten (sb +1,9%), wobei auch Nachholeffekte im Gefolge des hohen Krankenstandes zu Jahresende eine Rolle gespielt haben dürften. Auch die Bauproduktion legte im Februar vor allem witterungsbedingt mit (sb) +7,9% kräftig zu, nachdem schon im Januar ein Plus erzielt worden war. Damit verfestigen sich die Anzeichen für eine allmähliche Erholung der Industriekonjunktur.



Privater Konsum

GfK-KONSUMKLIMA UND EINZELHANDEL OHNE KFZ

GfK-Konsumklima, saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten Einzelhandel ohne Kfz, Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

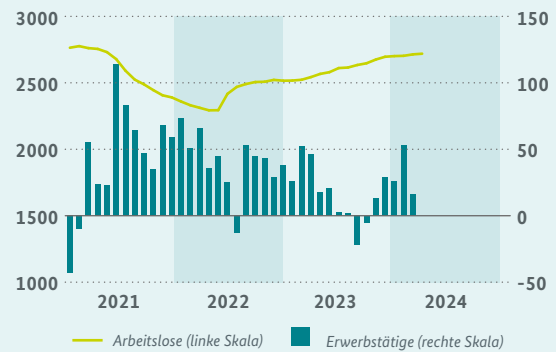


Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt trotz schwacher wirtschaftlicher Dynamik weiterhin sehr stabil. Der Beschäftigungsabbau in konjunktur reagiblen Bereichen wie dem Verarbeitenden Gewerbe wird von einem Stellenzuwachs bei Dienstleistungen überkompensiert. So legte die Erwerbstätigkeit im Februar weiter (sb) um 16.000 Personen zu. Die Arbeitslosigkeit hingegen setzte ihren seit Sommer 2022 steigenden Trend fort und erhöhte sich im März (sb) um 4.000 Personen. Erst im späteren Jahresverlauf ist im Gefolge einer wirtschaftlichen Erholung mit einer spürbaren Belebung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen.

ARBEITSLOSE UND ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Arbeitslose, Monate, saisonbereinigt absolut (in 1000)
Erwerbstätige, Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1000),
Veränderung zum Vormonat



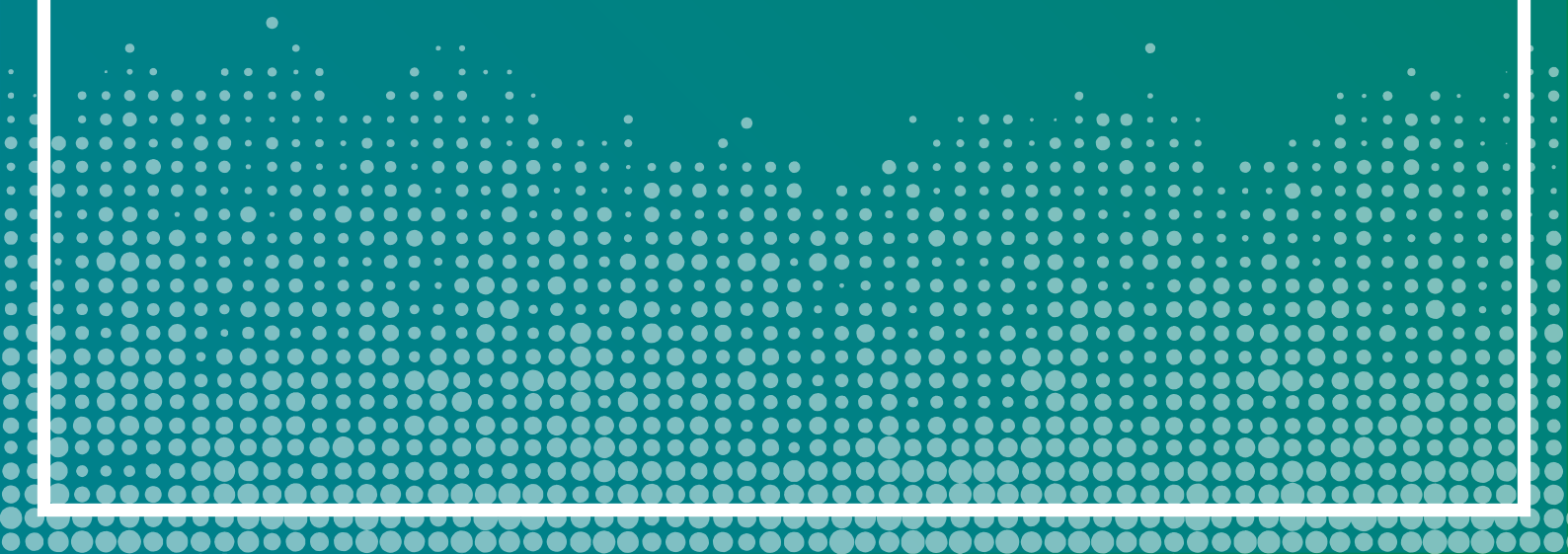
Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Enttäuschender Jahresauftakt im Handel. Die Einzelhandelsumsätze in preisbereinigter Rechnung sind im Februar zum vierten Mal in Folge zurückgegangen. Jüngste Stimmungsinktoren wie das ifo Geschäftsklima für den Handel, das GfK-Konsumklima und das HDE-Konsumbarometer deuten auf eine Stabilisierung in den kommenden Monaten hin.

WW



WIRTSCHAFTSPOLITIK



Wirtschaftliche Erholung zeichnet sich ab

Bundesminister Robert Habeck stellt die
Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vor



DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Nach einer weitgehenden wirtschaftlichen Stagnation infolge des Energiepreisschocks in den vergangenen beiden Jahren deuten zuletzt zunehmend Anzeichen darauf hin, dass sich die deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2024 an einem konjunkturellen Wendepunkt befindet. Zu Jahresbeginn haben sich die Auftriebskräfte spürbar verstärkt. Die Wertschöpfung in der Industrie hat sich infolge der deutlich gesunkenen Energiepreise, einer weltwirtschaftlichen Belebung und einer Normalisierung der zu Jahresende hohen Krankenstände merklich belebt. Insbesondere ist die Produktion in den energieintensiven Branchen, die infolge der gestiegenen Gas- und Strompreise seit dem zweiten Halbjahr 2022 deutlich zurückgefahren wurde, seit Jahresbeginn wieder aufwärtsgerichtet. Der Bau wurde von der überdurchschnittlich milden Witterung zu Jahresbeginn gestützt und konnte bestehende Aufträge abarbeiten.

Auch in der Außenwirtschaft lässt sich eine leichte Belebung feststellen. Gleichzeitig deutet sich beim privaten Konsum – trotz der wieder steigenden Realeinkommen – vor dem Hintergrund der anhaltend rückläufigen Einzelhandelsumsätze und schwachen Kfz-Zulassungen noch keine spürbare Belebung an. Auch wenn die Indikatorenlage derzeit insgesamt noch uneinheitlich ist, lassen jüngste Stimmungsindikatoren sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine Bodenbildung und eine allmähliche Erholung im weiteren Jahresverlauf erwarten.

In der Frühjahrsprojektion geht die Bundesregierung davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft im Jahresverlauf 2024 im Zuge niedrigerer Inflationsraten, geldpolitischer Lockerungen, steigender Löhne und Einkommen, einer anhaltend stabilen Arbeitsmarktentwicklung und zunehmender Impulse von der Außenwirtschaft langsam erholt und wieder an Dynamik gewinnt. Insgesamt wird in der Frühjahrsprojektion für dieses Jahr mit einer Steigerung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,3% gerechnet. Aufgrund eines statistischen Unterhangs aus dem Jahr 2023 unterzeichnet dieser Wert der jahresdurchschnittlichen Veränderung allerdings die zugrunde liegende konjunkturelle Dynamik; die dahinter liegende Verlaufsrate, die den Zuwachs des preis-, saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal zum Vorjahresquartal ausweist, liegt mit knapp 1% deutlich höher. Im kommenden Jahr dürfte sich die Erholung stabilisieren und die deutsche Wirtschaft im Jahresdurchschnitt mit einer Rate von 1,0% weiter expandieren.

Wesentliche Wachstumsimpulse dürften im weiteren Jahresverlauf vor allem vom privaten Konsum ausgehen: Im Zuge deutlich höherer Reallöhne in Verbindung mit einer insgesamt robusten Beschäftigungsentwicklung dürften

die inflationsbedingten Kaufkraftverluste der privaten Haushalte zunehmend überwunden werden und zu einer Belebung des privaten Verbrauchs führen. Hierauf deutet die jüngste Stimmungsaufhellung der privaten Haushalte, wie sie sich im GfK-Konsumklima und im HDE-Konsumbarometer zeigt, bereits hin. Unterstützt wird die Erholung von Maßnahmen der Bundesregierung, die private Haushalte und Unternehmen entlasten, den Investitionsstandort Deutschland stärken und damit Wachstumsimpulse setzen. Hierzu zählen das Wachstumschancengesetz, weitere steuerliche Entlastungen sowie Maßnahmen zur Förderung der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

Im Jahresdurchschnitt dürften sich die Verbraucherpreise nach einer Rate von 5,9% im vorangegangenen Jahr weiter deutlich auf 2,4% im laufenden Jahr verringern. Dabei stehen tendenziell inflationsdämpfenden Faktoren, wie Preisrückgängen auf vorgelagerten Wirtschaftsstufen, temporär erhöhende Effekte infolge des Auslaufens der Umsatzsteuersatzsenkung auf Gas und Fernwärme im April und ein Basiseffekt aus der Einführung des 49-Euro-Tickets im Mai 2023 gegenüber. Im Jahr 2025 dürfte die Inflationsrate mit 1,8% wieder unter dem EZB-Zielwert von 2,0% liegen.

Positiv dürfte sich weiterhin die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt darstellen. Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich – wenn auch mit etwas abgeschwächter Dynamik – fortsetzen und bei der Arbeitslosigkeit wird – nach einem leichten jahresdurchschnittlichen Anstieg in diesem Jahr – im Zuge der konjunkturellen Erholung 2025 ein Rückgang erwartet.

Eine Belebung zeigt sich auch bei der weltwirtschaftlichen Nachfrage: Internationale Organisationen wie die OECD und der IWF haben ihre jüngsten Prognosen für das globale Wachstum leicht nach oben korrigiert. Damit dürften auch zunehmend wieder Impulse auf die deutschen Exporte und die privaten Ausrüstungsinvestitionen ausgehen. Die Investitionstätigkeit wird zudem durch öffentliche Aufträge, u. a. im Zuge des Sondervermögens Bundeswehr sowie der Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur und den Klimaschutz, gestützt; aufgrund der schwachen Ausgangsbasis zum Jahresende dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt allerdings noch negativ bleiben. Die Bauinvestitionen dürften aufgrund der schwachen Nachfrage als Folge der höheren Finanzierungs- und Baukosten auch im Jahresverlauf zunächst noch rückläufig sein.

Risiken für die dargestellte Entwicklung ergeben sich vor allem aus den hohen Unsicherheiten mit Blick auf die geopolitischen Entwicklungen, die zu Verunsicherungen von Wirtschaft sowie den Verbraucherinnen und Verbrauchern, erneuten Preisanstiegen, u. a. bei Energie, sowie Handelsbehinderungen führen können.



ten. Chancen für eine günstigere Entwicklung bestehen, wenn die weltwirtschaftliche Belebung kräftiger ausfällt, die geopolitischen Konflikte deeskalieren oder die erwartete geldpolitische Normalisierung rascher einsetzt und kräftiger ausfällt als bislang erwartet. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum. Die Eckwerte der Frühjahrsprojektion können Tabelle 1 entnommen werden.

MODERATE BELEBUNG DES WELTHANDELS IN SICHT

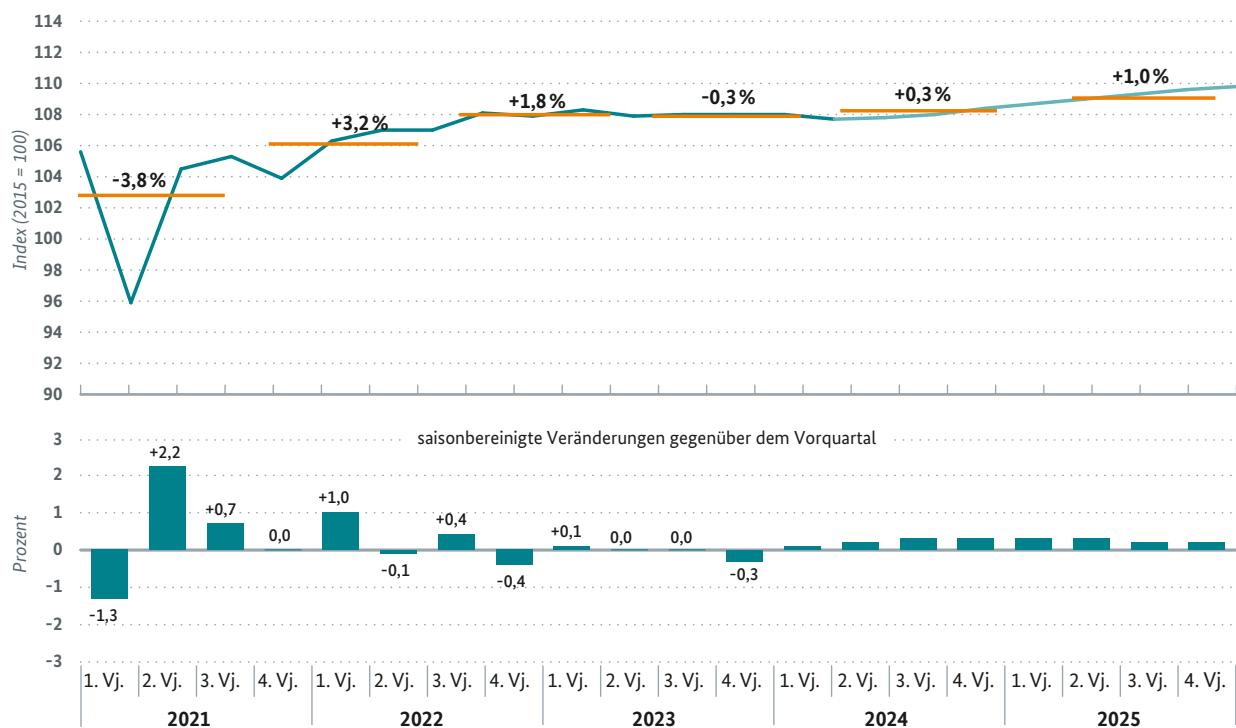
Auch wenn die weltwirtschaftliche Dynamik im vergangenen Jahr verhalten war, zeigte sie sich vor dem Hintergrund

der Zinserhöhungen vieler Zentralbanken und gesteigener geopolitischer Risiken robuster als erwartet. Nach einem Anstieg des Welt-BIP von gut 3% im Jahr 2023 rechnen internationale Organisationen auch für dieses und nächstes Jahr mit ähnlichen Zuwächsen. Damit bleibt das Expansionsstempo der Weltwirtschaft aber auch im Projektionszeitraum unter dem längerfristigen Durchschnitt von knapp 4%.

In den USA zeigte sich die Wirtschaftsleistung bis zuletzt überraschend widerstandsfähig gegenüber der vorangegangenen geldpolitischen Straffung. Auch im weiteren Verlauf dürfte die US-Konjunk-



ABBILDUNG 1: ENTWICKLUNG DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS IN DEUTSCHLAND



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Frühjahrsprojektion

Kasten 1: Annahmen der Frühjahrsprojektion 2024

Gemäß den Prognosen internationaler Organisationen wird für die Weltwirtschaft ein preisbereinigtes Wachstum in Höhe von 3,2% in diesem Jahr und 3,2% im kommenden Jahr erwartet.

Für die Entwicklung der Energiepreise wird eine technische Annahme auf Basis von Future-Notierungen zum Zeitpunkt des Projektionsabschlusses getroffen. Demnach wird für 2024 ein durchschnittlicher Rohölpreis für ein Fass der Sorte Brent von rund 86 US-Dollar unterstellt. 2025 dürfte der Preis bei 81 US-Dollar liegen. Für den Gaspreis wird für den Jahresdurchschnitt 2024 ein Preis von 27 Euro pro MWh erwartet. Im Jahr 2025 dürfte der durchschnittliche Gaspreis dann bei 30 Euro pro MWh liegen. Der Leitzins der Europäischen Zentralbank liegt aktuell bei 4,5%. Für die kommenden beiden Jahre wird auf Basis von Experteneinschätzungen (Consensus Forecast) ein jahresdurchschnittlicher Leitzins von 4,0% bzw. 2,9% unterstellt.

tur robust bleiben. Die Überschussersparnis aus der Pandemie ist allerdings weitgehend aufgebraucht, was in diesem Jahr die Inlandsnachfrage dämpft. In China ist im Zuge der anhaltenden Probleme auf dem Immobilienmarkt und deflationärer Tendenzen ebenfalls mit einer verhaltenen Binnennachfrage zu rechnen. Fiskalische Stützungsmaßnahmen und die wieder anziehende Nachfrage aus dem Ausland dürften dem aber zum Teil entgegenwirken. Insgesamt bleiben die Wachstumsaussichten in China im Vergleich zu den vergangenen Jahren gedämpft. Im Euroraum dürfte nach der Rezession zum Jahresende 2023 die Konsumnachfrage langsam wieder anziehen und damit die konjunkturelle Erholung stützen. Dazu tragen die gesunkenen Energiepreise sowie steigende Realeinkommen bei rückläufiger Inflation und stabilem Arbeitsmarkt bei. Die erwartete geldpolitische Lockerung ab Mitte 2024 dürfte die Wirtschaftsaktivität im kommenden Jahr zusätzlich beleben.

Der Welthandel mit Gütern und Dienstleistungen dürfte im Projektionszeitraum wieder mit ähnlichen Raten wie das Welt-BIP zunehmen, nachdem er 2023 wesentlich schwächer expandiert hatte. Einerseits ist der Abbau der übermäßigen Lagerhaltung, vor allem bei Vorleistungsgütern, weiter vorangeschritten. Andererseits normalisiert sich die weltweite Konsumnachfrage wieder von Dienstleistungen hin zu den handelsintensiveren Waren. Darüber hinaus dürfte die Erholung des Tourismus den Handel mit Dienstleistungen befördern.

Insgesamt rechnen internationale Organisationen damit, dass die erwartete Angleichung des Wachstums im Industrie- und Dienstleistungsbereich wieder zu einer höheren Handelsintensität des Weltwachstums führt. Damit dürfte das Welthandelsvolumen 2024 und 2025 jeweils um 3,0% beziehungsweise 3,3% zunehmen. Für die deutschen Absatzmärkte erwartet die Bundesregierung Zuwächse von 2,6% in diesem und 3,1% im kommenden Jahr.

Dazu passt, dass der deutsche Warenhandel recht kräftig in das neue Jahr gestartet ist und auch die Frühindikatoren für die deutschen Ausfuhren auf eine Trendwende hindeuten. Die ifo Exporterwartungen haben sich zuletzt weiter aufgehellt und die Unternehmen beurteilten den Auftragsbestand aus dem Ausland etwas besser. Auch der weltweite Containerumschlag, vor allem in den europäischen Häfen, weist am aktuellen Rand aufwärts. Allerdings bleiben die Auftragseingänge aus dem Ausland tendenziell immer noch schwach.

Alles in allem rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2024 – trotz einer Erholung im Quartalsverlauf – mit einem jahresdurchschnittlichen Rückgang der preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen um 0,6%. Grund hierfür ist, dass die Ausfuhren im Schlussquartal 2023 deut-

lich rückläufig waren, was die Ausgangsbasis für das Jahr 2024 merklich verschlechtert. 2025 dürften sie im Zuge der erwarteten anziehenden Nachfrage aus den EU-Staaten mit 3,1% im Plus liegen. Die unterschiedliche Dynamik der Jahreswachstumsraten wird dabei durch das schwache Jahresende 2023 überzeichnet. Bei einer Belebung der Binnennachfrage ist bei den Importen von einer etwas stärkeren Entwicklung auszugehen (2024: -0,6%, 2025: +3,6%). Der Außenhandel dürfte damit im Projektionszeitraum rechnerisch keine Wachstumsimpulse liefern.

Der Leistungsbilanzüberschuss ist von 4,2% in Relation zum nominalen BIP im Jahr 2022 auf 5,9% im Jahr 2023 wieder merklich gestiegen. Für das Jahr 2024 rechnet die Bundesregierung im Zuge eines steigenden Handelsbilanzüberschusses und einer erneuten leichten Verbesserung der Terms of Trade mit einem weiteren Anstieg auf 7,1%. Bei etwas kräftigeren Einfuhren im Vergleich zu den Ausfuhren ist 2025 mit einem leichten Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses auf 6,9% in Relation zum BIP zu rechnen.

VERZÖGERTE ERHOLUNG DER INVESTITIONEN

Die Investitionsentwicklung wurde zuletzt vor allem durch eine schwache Nachfrage aus dem In- und Ausland, erhöhten – wenngleich wieder rückläufigen – Energiepreisen, Produktionsrückgängen bei energieintensiven Industrien und einer gestiegenen Unsicherheit im Zuge der geopolitischen Krisen belastet. Die Investitionstätigkeit in Deutschland verlief im vergangenen Jahr gedämpfter, als es auf den ersten Blick den Anschein hat: Zwar konnten die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt ein Plus von 3,0% verzeichnen. Diese Entwicklung war allerdings vor allem auf Vorzieheffekte infolge des Auslaufens der Umweltprämie für elektrische Kfz bei gewerblichen Neuzulassungen zurückzuführen. So stiegen die Investitionen in Fahrzeuge 2023 um 13,0%, während Investitionen in Maschinen und Anlagen, deren Verlauf eng mit der Entwicklung des Außenhandels verknüpft ist, um 1,3% zurückgingen. Mit dem Auslaufen der Umweltprämie folgte im vierten Quartal 2023 ein Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen um 3,5% gegenüber dem Vorquartal.

Diese schwache Ausgangslage belastet die jahresdurchschnittliche Entwicklung im Jahr 2024. Mit einer allmählichen Belebung der globalen Wachstumsdynamik und des Welthandels – insbesondere den für Deutschland bedeutsamen Absatzmärkten in Europa – ist eine Erholung der Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten. Die Ausweitung der Produktion im Februar und die Aufhellung der Stimmungsindikatoren im März im Investitionsgüterbereich deuten diese Entwicklung bereits an. Aufgrund des Unterhangs aus dem Vorjahr ist trotz einer sukzessiven Belebung im Jahresverlauf 2024 für das Gesamtjahr im Vorjahresvergleich noch mit einem Rückgang um



0,3 % zu rechnen. Auf Jahresebene spürbar wird das Wachstum 2025 mit einem erwarteten realen Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um 3,2 %. Die deutliche Steigerung der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen im Rahmen des Sondervermögens der Bundeswehr stützt diesen Aufholprozess.

Im Bereich der Bauinvestitionen hat der erhöhte Preisdruck bei Energieträgern nicht nur zu einer deutlichen Steigerung der Baukosten geführt. Die geldpolitischen Straffungen haben auch eine Vervielfachung der Finanzierungskosten im Jahresverlauf 2023 nach sich gezogen. Die Bauinvestitionen werden weiter von einem grundsätzlichen Bedarf an Wohnraum, vor allem in den Ballungsgebieten, gestützt. Hohe Baukosten und ungünstigere Finanzierungsbedingungen führten im vergangenen Jahr aber zu rückläufigen Auftrags-eingängen sowie hohen Stornierungsraten und somit zu einem deutlichen Rückgang des Auftragsbestands. Angebotsseitig hindert der immer mehr in den Vordergrund tretende Fachkräftemangel die Realisierung von Bauvorhaben. Diese Umstände sorgen dafür, dass die Bauinvestitionen im laufenden Jahr preisbereinigt um 1,8 % sinken dürften, nachdem sie bereits im vergangenen Jahr um 2,7 % zurückgegangen waren. Zwar konnte die Bauproduktion zu Jahresbeginn witterungsbedingt deutlich expandieren. Eine substantielle Trendwende ist jedoch erst zum Ende des Jahres zu erwarten. Im Jahr 2025 dürften die Bauinvestitionen dann auch im Jahresdurchschnitt leicht um 0,7 % zulegen. Förderlich auf die Bautätigkeit dürften sich Maßnahmen der Bundesregierung auswirken wie das Wachstumschancengesetz, die Investitionszuschüsse im Rahmen des Klima- und Transformationsfonds für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und auch öffentliche Bauvorhaben.

Insgesamt erwartet die Bundesregierung für die Bruttoanlageinvestitionen nach einem Rückgang um 0,7 % im vergangenen Jahr für das Jahr 2024 einen erneuten Rückgang um 0,8 %. Für das kommende Jahr wird dann mit einem Anstieg um 1,7 % gerechnet.

INFLATION FÄLLT WEITER UND LIEGT 2025 WIEDER UNTER 2 %-ZIELMARKE

Im Gesamtjahr 2023 betrug die Inflationsrate 5,9 %, wobei im Jahresverlauf ein deutlicher Rückgang der monatlichen Preissteigerungsrate von 8,7 % im Januar auf 3,7 % im Dezember stand. Maßgeblich für diese Entwicklung waren die deutlich rückläufigen Preise für Energieträger an den Märkten seit den Höchstständen im Sommer 2022, die an die nachgelagerten Wertschöpfungsstufen weitergegeben wurden, wenn auch nur teilweise und zeitverzögert. In der Folge kam es zu einer Entlastung bei den Energiepreisen für die privaten Haushalte. Auch die Preise für Nahrungsmittel haben sich im Jahresverlauf 2023 immer weniger stark erhöht. Bei der Kernrate, bei der die Energie- und Nahrungs-

mittelpreise ausgeklammert sind, war erst in der zweiten Hälfte 2023 ein Rückgang zu beobachten, im Jahresdurchschnitt lag sie bei 5,1 %.

Seit Jahresbeginn 2024 entwickelt sich die Inflation überraschend positiv. Im März hatte sich die monatliche Rate mit 2,2 %, dem niedrigsten Wert seit Mai 2021, schon stark dem 2 %-Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) angenähert. Den Ausschlag dafür gaben weiterhin die Preise für Energie und Nahrungsmittel. Letztere sind erstmals seit Februar 2015 sogar wieder gesunken. Dass sich auch die Energiepreise weiter verringern, hatten viele Expertinnen und Experten nicht erwartet, angesichts des Wegfalls des Bundeszuschusses für die Netzentgelte bei Strom sowie des Auslaufens der Preisbremsen für Strom und Gas zu Beginn des Jahres. Zudem waren zum 1. Januar die CO₂-Bepreisung im Rahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) sowie Preise für Versicherungs- und stationäre Gesundheitsdienstleistungen angehoben worden und in der Gastronomie ist die Absenkung der Umsatzsteuersätze ausgelaufen. Unklar bleibt, ob es in den nächsten Monaten noch verzögert zu inflationserhöhenden Effekten durch diese Maßnahmen kommt. Außerdem könnten sich das Auslaufen der Umsatzsteuerabsenkung für Gas und Wärme zum 31. März und ab Mai ein Basiseffekt durch die Einführung des Deutschlandtickets ein Jahr zuvor inflationserhöhend auswirken. Anders als die Inflationsrate insgesamt geht die Kernrate spürbar langsamer zurück, wofür die Preise für Dienstleistungen den Ausschlag geben. Aufgrund des höheren Anteils an Arbeitskosten in den Dienstleistungen schlagen hier die deutlichen Lohnsteigerungen zu Buche.

Gleichwohl dürfte sich der fallende Trend bei der Inflationsentwicklung im weiteren Jahresverlauf fortsetzen, auch wenn es zu temporären Steigerungen aus den genannten Gründen kommen könnte. Die inflationsdämpfenden Effekte dürften bestehen bleiben und letztlich die Oberhand behalten. Auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen sind nach wie vor Preisrückgänge zu beobachten, auch wenn der Ölpreis an den Märkten angesichts der Entwicklung des Konflikts im Nahen Osten wieder zugelegt hat und die Transportkosten für Container im Zuge der Attacken im Roten Meer leicht angestiegen sind. Bei Erzeuger-, Großhandels- und Importpreisen zeigen sich nach wie vor negative Änderungsraten im Vergleich zum Vorjahr. Des Weiteren sprechen die geldpolitische Straffung der EZB, angemessene Tarifabschlüsse sowie eine Normalisierung der Gewinnmargen der Unternehmen für eine anhaltend fallende Tendenz bei der Inflationsrate.

Vor diesem Hintergrund erwartet die Bundesregierung für 2024 mit 2,4 % eine deutlich geringere Inflationsrate als im vergangenen Jahr (5,9 %). Die Kerninflation dürfte sich nach 5,1 % im vergangenen Jahr auf 2,8 % verringern. Für 2025 wird erwartet, dass die In-



flations- und die Kernrate mit jahresdurchschnittlich 1,8% bzw. 1,9% wieder leicht unter der EZB-Zielmarke von 2% liegen.

ARBEITSMARKT BLEIBT WIDERSTANDSFÄHIG

Trotz der wirtschaftlichen Schwächephase bleibt der deutsche Arbeitsmarkt stabil. Laut einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) waren trotz der verhaltenen BIP-Entwicklung im Jahr 2023 zuletzt noch etwa 1,7 Millionen Stellen unbesetzt, was darauf hindeutet, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften weiterhin hoch ist. Der Fachkräftemangel stellt nach wie vor eine große Herausforderung für Unternehmen dar und brems die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dennoch fiel die übliche saisonale Frühjahrserholung schwächer aus als üblich. Umfragebasierte Frühindikatoren von IAB und ifo Institut hellten sich zuletzt auf und deuten auf günstigere Aussichten im Jahresverlauf hin.

Die Erwerbstätigkeit dürfte im laufenden Jahr um etwa 180.000 Personen zunehmen. Dazu trägt auch der günstige Jahreseinstieg mit einem kräftigen Plus im Januar bei. Im Jahr 2025 wird sich angesichts des zunehmenden Einflusses des demografischen Wandels der Zuwachs voraussichtlich auf etwa 60.000 Personen verlangsamen. Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg im vergangenen Jahr vor allem aufgrund der schwachen Konjunktur. Es wird erwartet, dass die Arbeitslosigkeit in der ersten Jahreshälfte nur schwach zunimmt, bevor die wirtschaftliche Erholung zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führen dürfte. Für das Jahr 2024 wird im Jahresdurchschnitt ein Anstieg von etwa 100.000 Arbeitslosen erwartet. Mit der wirtschaftlichen Erholung dürfte die Arbeitslosigkeit im Jahr 2025 dann deutlich um etwa 130.000 Personen zurückgehen.

Der Beschäftigungsaufbau wird auch im Jahr 2024 hauptsächlich durch eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bestimmt. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten hat sich seit der Corona-Krise wieder erholt. Die Zahl der Selbstständigen dürfte stabil bleiben. Altersbedingte Abgänge aus dem Arbeitsmarkt werden durch die zunehmende Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten ausgeglichen: Seit Anfang 2023 werden die Netto-Zuwächse bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausschließlich durch Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft getragen. Eine weitere Steigerung der Erwerbsquote wird erwartet, was zu einem Anstieg des Arbeitskräftepotenzials führt. Die Bundesregierung hat mit der Fachkräftestrategie und dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz Maßnahmen ergriffen, um die qualifizierte Einwanderung aus Drittstaaten zu erhöhen und Unternehmen bei der Gewinnung und Sicherung von Fachkräften aus dem Ausland zu unterstützen.

PRIVATER KONSUM PROFITIERT VON STEIGENDEN EINKOMMEN

Im vergangenen Jahr war ein deutlicher Anstieg der nominalen Effektivlöhne um über 6% im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dieser Anstieg wurde jedoch durch die hohe Inflationsrate beinahe vollständig vereinnahmt. Allerdings nahmen insbesondere die Löhne der Geringverdienenden und der geringfügig Beschäftigten überdurchschnittlich stark zu, was hauptsächlich auf die Erhöhung des Mindestlohns im Oktober 2022 sowie auf die Anpassung der Mini-job-Verdienstgrenze zurückzuführen ist.

Die Bundesregierung erwartet auch für dieses Jahr einen kräftigen Anstieg der Effektivlöhne um durchschnittlich etwa 5,0%. Im Jahr 2025 ist ein Zuwachs um 3,5% zu erwarten. Da die Verbraucherpreisdynamik gleichzeitig abnimmt, steigen auch die Reallöhne wieder. Insgesamt dürften die nominalen verfügbaren Einkommen der Haushalte, einschließlich Nettolöhnen, staatlicher Sozialleistungen und Einkommen aus Selbstständigkeit und Vermögen, in diesem Jahr um 3,3% und im nächsten Jahr um 2,9% merklich zunehmen.

Durch die steigenden Einkommen und die sinkende Inflationsrate wird die reale Kaufkraft der Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar steigen. Die Sparquote dürfte leicht zurückgehen. Im Jahr 2023 lag sie zwar über dem langfristigen Durchschnitt, ging aber im Vergleich zu den Höchstständen während der Pandemie zurück. Allerdings waren wichtige vorlaufende Kennzahlen wie die Einzelhandelsumsätze zu Jahresbeginn weiter rückläufig und auch die Kfz-Zulassungen entwickelten sich schwach. Eine spürbare Erholung ist damit erst im Frühsommer zu erwarten. Insgesamt dürften die privaten Konsumausgaben in diesem Jahr um 0,9% und im nächsten Jahr um 1,0% zunehmen.

PRODUKTIONSLÜCKE, PRODUKTIONSPOTENZIAL UND MITTLERE FRIST

Das Produktionspotenzial wird von der Bundesregierung in Übereinstimmung mit der gemeinsamen EU-Methode geschätzt und beschreibt die wirtschaftliche Aktivität einer Volkswirtschaft bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren (konjunkturbereinigte bzw. strukturelle, trendmäßige Wirtschaftsleistung). Dabei wurde die Potenzialschätzung im Zuge der aktuellen Frühjahrsprojektion wie in Kasten 2 beschrieben leicht überarbeitet. Das Wachstum des Produktionspotenzials wird in den kommenden Jahren durch die demografische Entwicklung gedämpft. Es beträgt in den Jahren 2024 und 2025 rund 0,6%. Bis zum Ende des mittelfristigen Projektionszeitraums im Jahr 2028 verbleibt die Potenzialrate relativ stabil bei durchschnittlich 0,6%.



Die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke liegt im Jahr 2024 noch im deutlich negativen Bereich und beträgt rund -1,5 %; die Wirtschaftsaktivität liegt damit weiterhin erheblich unter ihren Möglichkeiten. Infolge der anhaltenden wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2025 vermindert sich die negative Produktionslücke betragsmäßig auf -1,1 % und liegt damit weiterhin merklich außerhalb des Korridors der

Normalauslastung, der von der Bundesregierung als Ausdruck der mit dem Verfahren verbundenen Unsicherheit als +/- einen halben Prozentpunkt um null definiert wird (zum Umgang mit Unsicherheit im Zusammenhang mit der Potenzialschätzung, vgl. Kasten 2). Bis zum Ende des Projektionszeitraums schließt sich die Produktionslücke annahmegemäß.



Kasten 2: Zum Umgang mit Unsicherheit im Zusammenhang mit der Potenzialschätzung – Teilergebnis der Evaluierung der Konjunkturbereinigung in der Schuldenbremse

Die Bestimmung von gesamtwirtschaftlichen Produktionslücken, die beispielsweise für die Konjunkturbereinigung im Rahmen der nationalen Schuldenbremse verwendet werden, ist mit Unsicherheit behaftet. Produktionspotenzial und Produktionslücken sind unbeobachtbare Größen, die geschätzt werden müssen. Die zugrunde liegenden Ergebnisse der Potenzialschätzung unterliegen regelmäßigen Revisionen (vgl. beispielsweise <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/193965/1/1066776431.pdf>). Teilweise ändern sich die Ergebnisse der Potenzialschätzung auch im Einklang mit konjunkturellen Entwicklungen, weil strukturelle und konjunkturelle Entwicklungen miteinander verbunden sein können (bspw. mit Blick auf die Investitionstätigkeit und deren strukturelle Folgen für die Produktionskapazitäten) und weil diese am aktuellen Rand in Echtzeit nur sehr schwer voneinander getrennt werden können. Nicht zuletzt aufgrund dieser Unsicherheit sieht die nationale Schuldenbremse einen gesetzlichen Evaluierungsauftrag vor, der im Koalitionsvertrag zur aktuellen Legislaturperiode explizit aufgegriffen wird.

BMWK und BMF setzen diesen Auftrag für das Gesamtsystem der Konjunkturbereinigung gemeinsam um. Im Hinblick auf die Aspekte der Konjunkturbereinigung, die die Potenzialschätzung betreffen, hat das hierfür zuständige BMWK einen wissenschaftlich gestützten Beteiligungsprozess durchgeführt und ein begleitendes wissenschaftliches Gutachten beauftragt (weitere Informationen unter www.bmwk.de/produktionspotenzial bzw. *Schlaglichter-Ausgabe 07/2023*). Im Rahmen der Veranstaltungen des Beteiligungsprozesses wurde das Thema Unsicherheit wiederholt thematisiert und diskutiert. Das wissenschaftliche Gutachten unterstreicht das Ausmaß an Unsicherheit, das mit Potenzialschätzungen üblicherweise einhergeht. So zeigt das Gutachten, dass bei der Bestimmung der für das kommende Jahr vorhergesagten Potenzialwachstumsrate unter allen geprüften Ansätzen und Varianten eine Standardabweichung (mittlerer Revisionsumfang, unabhängig von der Richtung der Revisionen) im Bereich von ½ bis 1 Prozentpunkt zu erwarten ist. Schließlich quantifiziert auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem aktuellen Jahresgutachten, mit welcher Unsicherheit das Verfahren zur Potenzialschätzung für mittel- bis langfristige Projektionen behaftet ist.

Als Ergebnis des Beteiligungsprozesses zur Potenzialschätzung haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Bundesministerium der Finanzen gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt verabredet, angesichts dieser Unsicherheit aktuell verfügbare Informationen bei der Potenzialschätzung im Rahmen der Projektionen der Bundesregierung zukünftig noch besser zu nutzen.

Erstens betrifft dies die Aktualisierung der Annahmen zur Entwicklung der Bevölkerung im Projektionszeitraum. Für die Fortschreibung der Nettozuwanderung werden nun die am aktuellen Rand tatsächlich eingetretenen Wanderungszahlen, derzeit beispielsweise für das abgelaufene Jahr 2023, genutzt und im Spektrum verortet, das von den drei Wanderungsvarianten der amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung (15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung/KBV, 2022, mehr Informationen unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitheft.html>) für das Jahr 2023 aufgespannt wurde. Diese Verortung wird dann innerhalb des vorgegebenen Spektrums der 15. KBV für den weiteren Verlauf fortgeschrieben. Insgesamt gehen alle drei Wanderungsvarianten derzeit nach dem Höchststand im Jahr 2022 von einem weiter relativ hohen, aber rückläufigen Wanderungssaldo aus.

Zweitens werden zukünftig bei der Auswahl der drei ökonometrischen univariaten Fortschreibungsmodelle für die Arbeitsstunden je Erwerbstätigen, die Partizipationsrate und die Investitionsquote für die Ableitung der Verläufe in der Mittelfrist alle bis zum aktuellen Rand verfügbaren Daten genutzt. Auf Basis methodischer Überlegungen und unter Bezugnahme auf einschlägige statistische Gütekriterien wird das jeweilige Fortschreibungsmodell gemeinsam von Bundeskanzleramt, BMF und BMWK ausgewählt. Nach derzeitigem Stand werden damit diejenigen Fortschreibungsmodelle festgelegt, die auch bei der Potenzialschätzung im Rahmen der Projektionen der Europäischen Kommission Anwendung finden.

Im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen und auch im Koalitionsvertrag vereinbarten Evaluierung des Gesamtsystems der Konjunkturbereinigung ist dies ein Teilergebnis für den Bereich der Potenzialschätzung.

CHANCEN UND RISIKEN

In der vorgelegten Frühjahrsprojektion wird die aus Sicht der Bundesregierung wahrscheinlichste Entwicklung in den kommenden Jahren dargestellt. Nach wie vor bestehen allerdings erhebliche Abwärtsrisiken für die dargestellte Entwicklung, die vor allem aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld resultieren. Sollte sich die geopolitische Lage verschärfen und Konflikte weiter eskalieren oder neue hinzukommen, könnte dies Unsicherheiten erhöhen und die Erholung der Weltwirtschaft erneut verzögern. Auch zusätzliche Handelssanktionen oder erneute Preisanstiege bei Energieträgern und Vorprodukten könnten die globale Erholung empfindlich stören. Schließlich könnte ein langsamerer als hier unterstellter Rückgang der Inflation, insbesondere der Kerninflation, in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die erwartete geldpolitische Normalisierung verzögern.

Den Risiken stehen aber auch Chancen für eine günstigere Entwicklung gegenüber. Eine Entspannung der geopolitischen Krisen könnte die Unsicherheit in den Unternehmen

und bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern verringern und expansive Impulse geben. Zudem könnte die angenommene weltwirtschaftliche Belebung kräftiger ausfallen und Wachstumsimpulse für die stark exportorientierte deutsche Industrie liefern. Zudem könnte die Inflation schneller zurückgehen als angenommen, worauf auch eine zeitigere Senkung der Leitzinsen folgen könnte. Denkbar ist auch, dass die Investitionen in Klimaschutz dank komplementärer staatlicher Maßnahmen schneller anziehen als erwartet. —

KONTAKT

Referat: IC1 – Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Referat: IC3 – Wachstum, Demografie, Statistik

schlaglichter@bmwk.bund.de

TABELLE 1: ECKWERTE DER FRÜHJAHRSPROJEKTION 2024

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ¹	2023	Frühjahrs- projektion 2024	Frühjahrs- projektion 2025
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, soweit nicht anders angegeben			
ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)			
BIP (preisbereinigt)	-0,3	0,3	1,0
Erwerbstätige (im Inland)	0,7	0,4	0,1
BIP je Erwerbstätigen	-1,0	-0,1	0,9
BIP je Erwerbstätigenstunde	-0,7	-0,7	0,5
<i>nachrichtlich:</i>			
Erwerbslosenquote in Prozent (ESVG-Konzept) ²	2,8	3,0	2,8
Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der BA) ²	5,7	5,8	5,6
VERWENDUNG des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	5,6	3,5	3,0
Staat	4,4	5,5	2,9
Bruttoanlageinvestitionen	5,6	1,0	3,3
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)	67,2	47,1	47,0
Inlandsnachfrage	3,9	2,8	3,0
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	171,5	186,1	182,5
Außenbeitrag (in Prozent des BIP)	4,2	4,4	4,2
Saldo der Leistungsbilanz (in Prozent des BIP)	5,9	7,1	6,9
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	6,3	3,0	2,8
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)			
Konsumausgaben			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	-0,7	0,9	1,0
Staat	-1,5	0,7	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	-0,7	-0,8	1,7
Ausrüstungen	3,0	-0,3	3,2
Bauten	-2,7	-1,8	0,7
Sonstige Anlagen	-0,6	2,0	2,0
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³	0,0	-0,2	0,0
Inlandsnachfrage	-0,9	0,3	1,1
Exporte	-2,2	-0,6	3,1
Importe	-3,4	-0,6	3,6
Außenbeitrag (Impuls) ³	0,6	0,0	-0,1
Bruttoinlandsprodukt (real)	-0,3	0,3	1,0
Preisentwicklung (2020 = 100)			
Verbraucherpreisindex	5,9	2,4	1,8
Konsumausgaben der privaten Haushalte	6,3	2,5	2,0
Inlandsnachfrage	4,8	2,5	1,9
Bruttoinlandsprodukt ⁴	6,6	2,8	1,8
VERTEILUNG des Bruttonationaleinkommens (BNE) <i>(Inländerkonzept)</i>			
Arbeitnehmerentgelte	6,7	5,5	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,3	-5,6	0,3
Volkseinkommen	6,6	2,2	2,7
Bruttonationaleinkommen	6,4	3,2	2,8
<i>nachrichtlich (Inländerkonzept):</i>			
Arbeitnehmer	0,9	0,5	0,1
Bruttolöhne und -gehälter	7,0	5,6	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	6,1	5,0	3,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	6,1	3,3	2,9
Sparquote in Prozent ⁵	11,4	11,2	11,0

Quellen: Statistisches Bundesamt 2023; Frühjahrsprojektion 2024 der Bundesregierung

1 Bis 2023 Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: März 2024.

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).

4 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2023: 6,9%; 2024: 5,1%; 2025: 2,7%.

5 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche.

Wirtschaftliche Dynamik erhöhen, Wachstumspotenzial stärken

Die Wachstumsschwäche der jüngeren Vergangenheit resultiert insbesondere aus den erheblichen Nachwirkungen des Energiepreisschocks des Jahres 2022, dem Verlust an Kaufkraft im Zuge des inflationären Schubs sowie der zur Eindämmung der Inflation erforderlichen restriktiven Zinspolitik. Positiv sticht die robuste Verfassung des Arbeitsmarkts heraus – die Erwerbstätigkeit bewegt sich weiter auf Rekordniveau, angesichts des demografischen Wandels können viele Stellen nicht besetzt werden. Die Bundesregierung hat sich vor diesem Hintergrund nach den Stabilisierungsmaßnahmen während der Energiekrise bewusst gegen weitere konjunkturelle Maßnahmen zur kurzfristigen Stärkung des Wirtschaftswachstums entschieden, um einer Verfestigung des Preisauftriebs entgegenzuwirken. Das gesamtstaatliche Defizit lag mit zuletzt 2,1 Prozent des BIP – anders als in anderen G7-Staaten – auf niedrigem Niveau und dürfte im laufenden Jahr weiter zurückgehen.

Die zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung Deutschlands und der EU liegt darin, die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken und eine strukturelle Wach-

tumsschwäche abzuwenden. Die Bundesregierung sieht ein Potenzialwachstum von nur 0,5 Prozent als zu niedrig an, um den Herausforderungen der nächsten Jahre erfolgreich entgegenzutreten. In den kommenden Monaten und Jahren gilt es, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um die wirtschaftliche Dynamik zu erhöhen und das Wachstumspotenzial zu stärken. Hierzu hat die Bundesregierung mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2024 (JWB) Perspektiven aufgezeigt.

Die großen strukturellen Herausforderungen – geopolitische Risiken, Dekarbonisierung und demografische Alterung – sind überwiegend angebotsseitiger Natur, weshalb auch die wirtschaftspolitischen Antworten in ihrem Schwerpunkt auf der Angebotsseite ansetzen. Dies gilt umso mehr, da sich Defizite bei einzelnen Standortfaktoren bereits über einen längeren Zeitraum angestaut haben. Dabei sollte eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik die Bemühungen um Klimaschutz und Nachhaltigkeit insgesamt unterstützen und die Chancen der Transformation ergreifen: Maßnahmen zur Dynamisierung müssen so gestaltet sein, dass Investitionen ver-



stärkt in zukunftsfähige und nachhaltige Formen der Wertschöpfung fließen (siehe hierzu auch den Schlaglichter-Artikel „Zeit für eine transformative Angebotspolitik“ aus dem Mai 2023).

ZEIT FÜR WEITERE MASSNAHMEN NUTZEN, „REFORMBOOSTER“ ZÜNDEN

Die Bundesregierung hat im JWB 2024 zehn Handlungsfelder zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit identifiziert und mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Dabei werden insbesondere die allgemeinen Rahmenbedingungen für eine stärkere Investitionstätigkeit, eine höhere Produktivität sowie eine effiziente Transformation im Interesse von Klimaschutz und Resilienz in den Blick genommen. In den kommenden Jahren gilt es, in den jeweiligen Handlungsfeldern konkrete Fortschritte zu erzielen. Das wiederum erfordert weitere substanzielle Maßnahmen.

Vor allem braucht es eine stärkere Dynamik der Investitionstätigkeit. Zwar sind die Ausrüstungsinvestitionen nach dem dramatischen Einbruch zu Beginn der Corona-Pandemie insgesamt wieder gestiegen. Das Vorkrisenniveau wurde jedoch auch 2023 noch nicht erreicht (siehe Abbildung 1). Um die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland zu sichern, die Transformation zu meistern und Deutschlands beachtlichen Wohlstand zu erneuern, sind mehr Investitionen dringend erforderlich.

Da rund 90 Prozent der Investitionen in Deutschland auf den privaten Sektor entfallen, müssen dafür vor allem entsprechende Anreize gesetzt werden, um mehr privatwirtschaftliche Investitionen zu mobilisieren. Daher hat die Bundesregierung im Wachstumschancengesetz gezielte steuerliche Entlastungen umgesetzt und insbesondere das

Instrument der degressiven Abschreibungen verbessert. Empirische Evidenz zeigt, dass verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten positive Effekte auf Investitionen haben und gleichzeitig die fiskalischen Belastungen moderat bleiben (siehe Dorn et al., 2021).

Neben allgemein verbesserten Investitionsanreizen sieht das BMWK aber auch Bedarfe für gezielte Verbesserungen, etwa im Hinblick auf den Bausektor oder den weiteren Hochlauf der Elektromobilität. Sowohl das Thema Wohnen als auch das Thema Mobilität wurden angesichts ihrer besonderen Bedeutung für die Lebensqualität im JWB 2024 als prominente Handlungsfelder hervorgehoben.

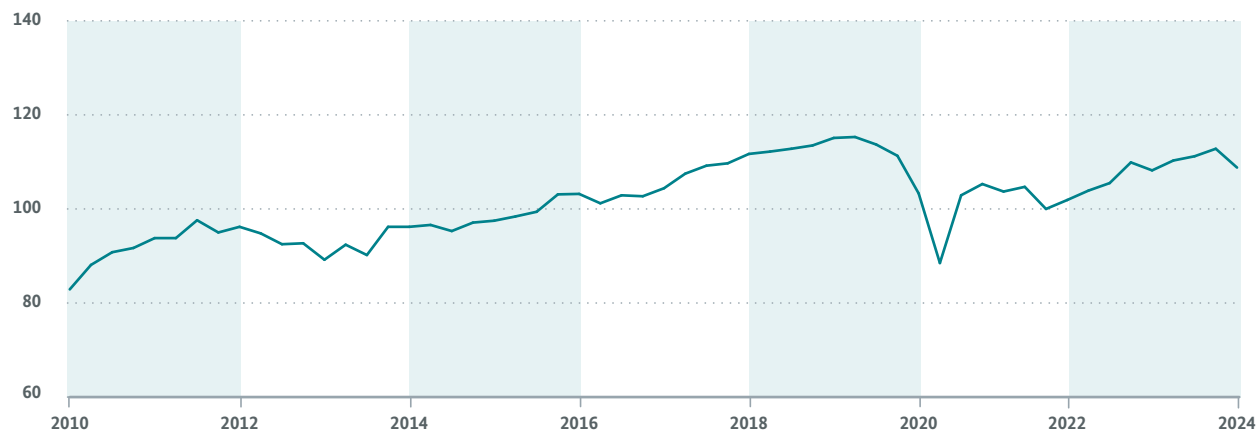
Bürokratieabbau – gesamtgesellschaftlicher Ehrgeiz ist gefragt

Weitergehende Maßnahmen sind auch zum Abbau von unnötiger Bürokratie notwendig. Das über viele Jahre entstandene Ausmaß an bürokratischen Belastungen sowie die hohe Regelungsdichte sind in Deutschland zu einem ernsthaften Investitionshemmnis geworden, das schrittweise behoben werden muss. Neben den Fortschritten bei der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, gerade für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, arbeitet die Bundesregierung entsprechend unter Hochdruck an weiterem Bürokratieabbau.

Um eine spürbare Entlastung zu schaffen, reicht es nicht aus, punktuell an Stellschrauben in einzelnen Gesetzen zu drehen. Stattdessen beschreitet das BMWK mit den so genannten Praxischecks einen neuen Weg des Bürokratieabbaus. Dabei setzen sich Unternehmen, Verwaltungen sowie weitere Expertinnen und Experten in Workshops zusammen und identifizieren



ABBILDUNG 1: AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN, PREISBEREINIGT (KETTENINDEX 2010 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt

gemeinsam Hemmnisse und Lösungsansätze anhand konkreter Fallkonstellationen. Das Verfahren wurde bereits erfolgreich bei den Regelungen für die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaik-Anlagen erprobt und die Erkenntnisse wurden direkt umgesetzt, unter anderem im Solarpaket. Das BMWK rollt nun das Instrument schrittweise auf weitere Themen aus. So wurden bzw. werden aktuell z. B. Praxiscalls zu Windenergie an Land, zu Neu- und Nachfolgegründungen und zur Genehmigung von Schwerlasttransporten gemeinsam mit Hamburg durchgeführt.

Im Interesse einer insgesamt schlanken Bürokratie und pragmatischer Regelungen bedarf es auch eines kulturellen Wandels. Gefragt ist dabei nicht nur eine erhöhte Sensibilität für das Risiko der Überregulierung bei Bund und Ländern, sondern auch bei Verbänden, Unternehmen sowie den Bürgerinnen und Bürgern. Denn nicht selten liegt der Ausgangspunkt von Bürokratie gerade im Bemühen der Politik, den Interessen aller Stakeholder gerecht zu werden.

Bessere Anreize für die Aufnahme und Ausweitung von Erwerbsarbeit setzen

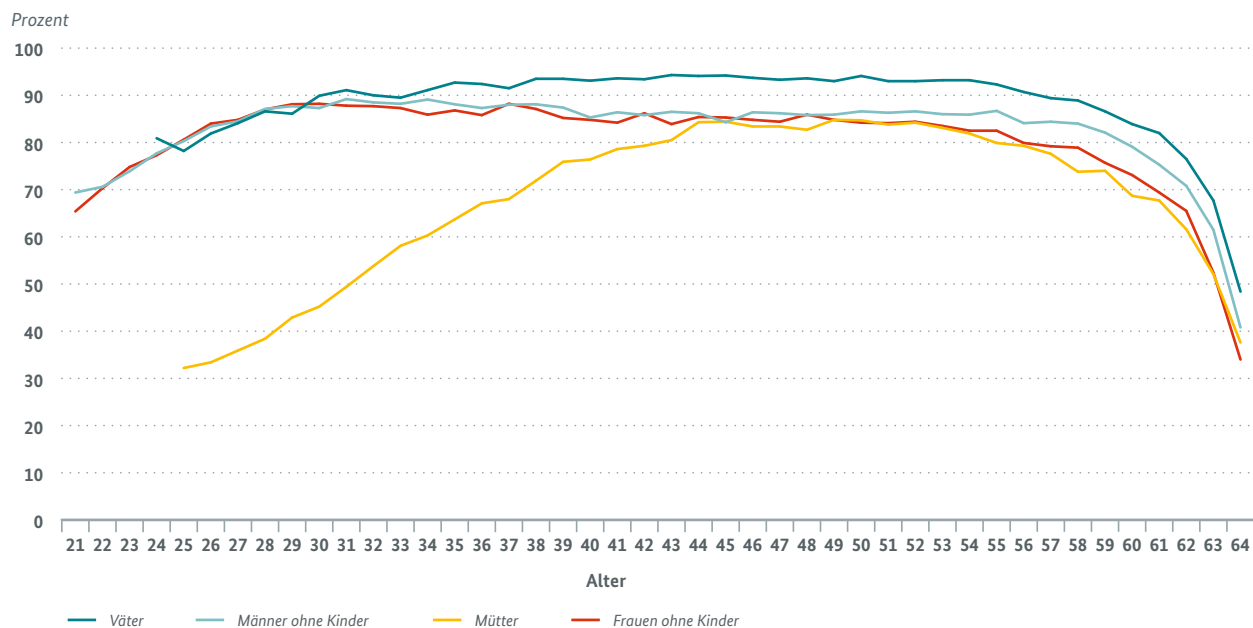
Treten die geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren in den Ruhestand, wird sich der bereits bestehende Arbeits- und Fachkräftemangel spürbar verschärfen. Die tatsächliche Entwicklung ist jedoch nicht in Stein gemeißelt. So gibt es in Deutschland keine gesetzliche Vorgabe für ein

Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Im Gegenteil: Zuletzt hat der Gesetzgeber die Möglichkeiten erweitert, während des Rentenbezugs hinzuverdienen. Unabhängig davon zeigt sich seit Jahren ein positiver Beschäftigungstrend unter den Personen im Alter über 65 Jahren. Oftmals trägt eine Fortsetzung der Erwerbstätigkeit im Alter nicht nur zum Einkommen, sondern auch zum Erhalt von geistigen und körperlichen Fähigkeiten bei. Der Staat ist gefordert, den einsetzenden Kulturwandel durch den Abbau weiterer Hürden sowie die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für eine Erwerbstätigkeit auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze zu verstärken. Zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Älteren hat die Bundesregierung einen gemeinsamen „Dialogprozess Arbeit und Rente“ mit den Sozialpartnern ins Leben gerufen.

Um die Effekte der demografischen Entwicklung auszugleichen und positive Anreize für eine Ausweitung des Arbeitsangebots zu setzen, müssen viele Handlungsfelder gleichzeitig adressiert werden. In Deutschland gibt es neben den Älteren vor allem bei Müttern (siehe Abbildung 2) Möglichkeiten zur Steigerung der Erwerbstätigenquote oder einem Aufwuchs der Arbeitsstunden. Der gesamte Effekt einer Mutterschaft auf das Einkommen, die so genannte Child-Penalty, setzt sich aus Teilzeiteffekten, Stundenlohneinbußen und Nicht-Partizipation zusammen und verursacht Einkommenseinbußen von rund 60 Prozent (Glogowsky et al., 2024).



ABBILDUNG 2: ANTEIL ERWERBSTÄTIGER NACH FAMILIENSTATUS, GESCHLECHT UND ALTER FÜR 2022



Quelle: Mikrozensus 2022

Um das Arbeitsangebot insbesondere von Müttern zu erhöhen, braucht es ein qualitativ und quantitativ besseres Betreuungsangebot und eine Stärkung der finanziellen Anreize für Zweitverdienende. Daneben wird die Bundesregierung generell das Problem angehen, dass unser Steuer- und Transfersystem so konzipiert ist, dass sich eine Ausweitung der Arbeitsstunden finanziell oftmals wenig lohnt (hohe Entzugsraten von Transferzahlungen bzw. hohe Grenzsteuersätze).

Neben den Arbeitsanreizen setzt die Bundesregierung auf Maßnahmen für eine höhere Arbeitsproduktivität. Insbesondere stellt sich die Frage, welche Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass Chancen, die mit einer passenden Weiterbildung oder auch einem Wechsel des Arbeitsplatzes verbunden sind, noch häufiger ergriffen werden. Vor allem Personen im Niedriglohnbereich wissen oft nichts über bessere Verdienstmöglichkeiten bei anderen Arbeitgebern. Eine Stärkung der Lohntransparenz über Branchen hinweg kann zu einer Verlagerung von Beschäftigten zu höher zahlenden und damit produktiveren Branchen und Betrieben führen (vgl. Fuest & Jäger 2023). So kann eine Erhöhung der Lohntransparenz über Vorteile auf der individuellen Ebene hinaus auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigern.

EINE ZUSÄTZLICHE HERAUSFORDERUNG UND LICHT AM ENDE DES TUNNELS

Um das Potenzialwachstum zu steigern, braucht es nicht zuletzt auch öffentliche Investitionen, um beispielsweise die Infrastruktur zu ertüchtigen. Ob das bestehende fiskalische Regelwerk die Investitionstätigkeit des Staates beschränkt und wie größere Spielräume für notwendige Investitionen geschaffen werden können, wird nicht zuletzt seit dem BVerfG-Urteil zum KTF vom 15. November 2023

auch von Seiten der Wissenschaft verstärkt diskutiert¹. Das BMWK verfolgt diese Diskussion aufmerksam. Ziel muss es sein, die notwendigen Mittel für wachstumsfördernde öffentliche Investitionen bereitzustellen und zu verstetigen. Die angestrebten angebotspolitischen Reformen schaffen dabei auch Grundlagen für eine schnellere und effektivere Realisierung öffentlicher Investitionen. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: IA1 – Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

schlaglichter@bmwk.bund.de

Bundesregierung (2024): *Jahreswirtschaftsbericht 2024: Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken.*

BMWK (2023): *Zeit für eine transformative Angebotspolitik, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, 05/2023.*

Wissenschaftlicher Beirat des BMWK (2023): *Finanzierung von Staatsaufgaben: Herausforderungen und Empfehlungen für eine nachhaltige Finanzpolitik.*

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2024): *Die Schuldenbremse nach dem BVerfG-Urteil: Flexibilität erhöhen – Stabilität wahren. Policy Brief.*

Fuest und Jäger (2023): *Können höhere Löhne zur Überwindung des Fachkräftemangels beitragen? Wirtschaftsdienst 4/2023. S. 253–258.*

Dorn, Fuest, Neumeier und Stimmelmayer (2021): *Wie beeinflussen Steuerentlastungen die wirtschaftliche Entwicklung und das Steueraufkommen? Eine quantitative Analyse mit einem CGE-Modell. ifo Schnelldienst 10/2021. S. 3–11.*

Glogowsky, Bönke, Hansen, Lüthen und Sachs (2024): *The Evolution of Child-Related Gender Inequality in Germany and The Role of Family Policies, 1960–2018. Unveröffentlichtes Arbeitspapier.*

¹ Siehe hierzu auch das Gutachten vom Wissenschaftlichen Beirat des BMWK bzw. des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR).



20 Jahre EU-Erweiterung

20 JAHRE EU-ERWEITERUNG – EIN EUROPA FÜR ALLE

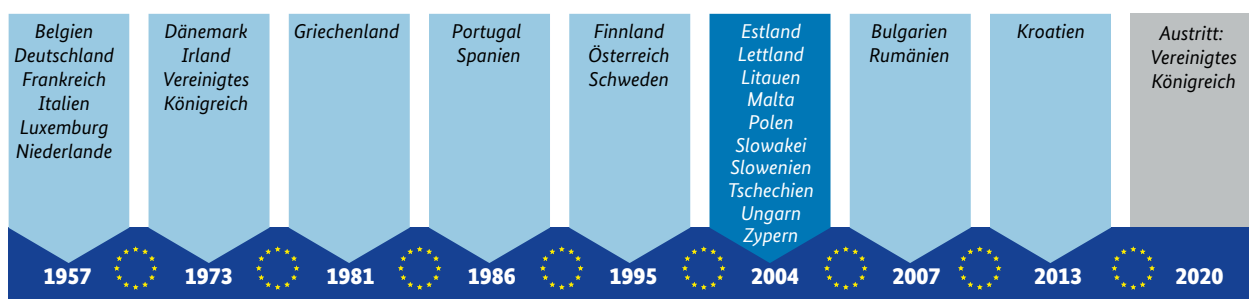
Seit den 1950er-Jahren hat sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hin zur Europäischen Union (EU) entwickelt mit dem Ziel, auf Basis gemeinsamer europäischer Werte Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa zu schaffen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und mit rund 450 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in 27 Mitgliedstaaten ist der EU-Binnenmarkt heute einer der größten Wirtschaftsräume weltweit. Am 1. Mai 2004 traten zehn neue Länder der EU bei: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern (vgl. Abbildung 1). Bereits unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer hatten die mittel- und osteuropäischen

(MOE) Länder ihr Interesse an einer „Rückkehr nach Europa“ bekundet, dem sie sich historisch und kulturell zugehörig fühlten.

Im Dezember 2002 wurden die Beitrittsverhandlungen mit allen zehn Ländern abgeschlossen. Symbolträchtig fand 2003 die Unterzeichnung der Beitrittsakte am Fuße der Akropolis statt, um den Wesenskern eines geeinten und geschlossenen Europas zu betonen: eine EU, beruhend auf den Grundsätzen von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In diesem Geist endet die Erklärung von Athen dann auch mit den Worten „Unser Europa ist ein Europa für alle“. Dieses historische Ereignis war zugleich formaler Schlusspunkt eines langjährigen



ABBILDUNG 1: ZEITLEISTE



„Gemessen an der Zahl der Beitrittsländer und deren Bevölkerung war die fünfte EU-Erweiterung im Mai 2004 die bis dahin umfangreichste und herausforderndste. Sie ermöglichte neben der Teilnahme der Beitrittsländer am EU-Binnenmarkt auch die Überwindung der politischen Teilung Europas. Damit eröffneten sich für alte und neue EU-Mitgliedstaaten zusätzliche beziehungsweise neue Handlungspotenziale, die zugleich Wohlfahrtsgewinne und Vertrauen schufen. Die Weiterentwicklung des Binnenmarktes muss auch in der kommenden europäischen Legislatur prioritäre Aufgabe sein. Denn ein starker zukunftsfähiger Binnenmarkt ist unabdingbar für die aktive Gestaltung der grünen Transformation, die Schaffung globaler Standards und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU.“

Sven Giegold

Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

beiderseitigen Vorbereitungsprozesses. Die EU war sich der großen Herausforderungen sehr bewusst und hatte daher bereits 1993 mit den Kopenhagener Kriterien erstmals formelle Voraussetzungen für alle künftigen EU-Bewerberländer aufgestellt:

1. **Politische Kriterien:** stabile Institutionen zur Garantie von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Minderheitenschutz;
2. **Wirtschaftliche Kriterien:** eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten;
3. **Administrative Kriterien:** institutionelle Kapazitäten, die die Pflichten der Mitgliedschaft erfüllen und die Übernahme und wirksame Umsetzung des gesamten gemeinschaftlichen Besitzstandes („acquis communautaire“) bewerkstelligen können.
4. Die Fähigkeit der EU, neue Mitgliedstaaten aufnehmen zu können und dabei zugleich die Stoßkraft der europäischen Integration aufrechtzuerhalten.

DIE BEITRITTSLÄNDER MUSSTEN TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNGEN BEWÄLTIGEN

Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und der Beitrittsakte erforderte in den Ländern tiefgreifende Transformationsprozesse. Die Verknüpfung des Beitritts mit konkreten Zielvorgaben der EU („Konditionalität“) half dabei, die Entwicklung hin zu Marktwirtschaft und Demokratie zielgerichtet zu vollziehen. Möglichst schnell mussten in den öffentlichen Verwaltungen der Beitrittsländer Strukturen modernisiert und Expertise aufgebaut werden, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen die Möglichkeiten eines größeren Binnenmarktes ausschöpfen konnten. Hunderte EU-Regelungen mussten dafür von den Beitritts-

ländern in nationales Recht umgesetzt werden, z.B. in den Bereichen Warenverkehr, Verbraucherschutz, Justiz und Außenhandel. EU-Twinning-Verwaltungspartnerschaften zwischen EU-Mitgliedern und Beitrittsländern unterstützten diese Prozesse aktiv und stellten dabei insbesondere die Förderung guter Regierungsführung, basierend auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Menschenrechten, in den Mittelpunkt. Mit dem Beitritt zur EU am 1. Mai 2004 fand die Integration ihren formalen Höhepunkt.

BEEINDRUCKENDE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER BEITRITTSLÄNDER

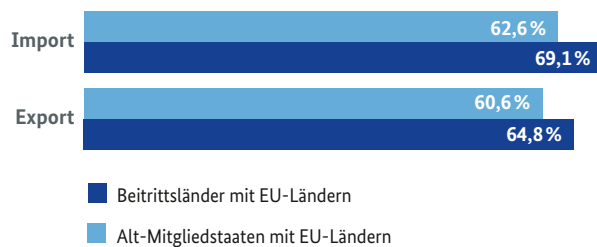
Die Beitrittsländer haben insbesondere seit Anfang der 1990er-Jahre bis zum Abschluss ihres Beitrittsprozesses und auch danach eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung genommen. Die gesteigerte Wirtschaftsleistung durch den EU-Beitritt ist für die einzelnen Länder eindeutig erkennbar, dennoch ein nur bedingt messbarer Prozess, da die damaligen Beitrittsländer unterschiedliche Ausgangspositionen hatten. Auch internationale Krisen, wie z. B. die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, hatten jeweils sehr unterschiedliche Wirkungen auf die damals neuen ebenso wie auf die alten EU-Mitgliedstaaten.

Das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der damaligen Beitrittsländer hat sich relativ betrachtet stark dem Durchschnitt der alten Mitgliedstaaten angenähert (vgl. Abbildung 2). Die enorme Entwicklung lässt sich beispielhaft an Litauen nachvollziehen, wo das BIP pro Kopf 1995 noch bei rund 5.000 Euro, zum Beitritt 2004 bereits bei rund 18.000 Euro lag und sich dann bis zum Jahr 2023 nochmals auf 71.000 Euro steigerte. Absolut betrachtet verringert sich der Abstand des BIP zwischen Ost- und Westeuropa jedoch bis heute weiterhin nur langsam und alle mittel- und osteuropäischen EU-Länder sind mit Blick auf den EU-Haushalt nach wie vor Netto-Empfänger-



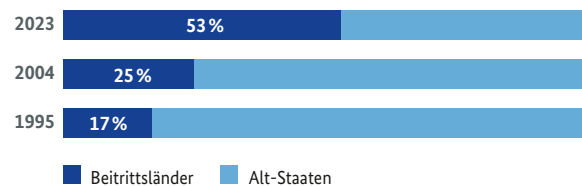
Die Vorteile des Binnenmarktes und der Beitritt zum Euro von Estland, Lettland, Litauen, Malta, der Slowakei, Slowenien und Zypern haben erkennbar zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und steigenden Exporten in den Beitrittsländern beigetragen. Die Entwicklung hin zu wirtschaftsstarken Partnern zeigt sich eindrucksvoll am hohen Anteil am Intra-EU-Handel dieser Länder (vgl. Abbildung 3).

ABBILDUNG 2: INTRA-EU-HANDEL 2023



Quelle: Eurostat

ABBILDUNG 3: ANÄHERUNG DES DURCHSCHNITTLICHEN BRUTTOINLANDSPRODUKTS (BIP) PRO KOPF DER BEITRITTSLÄNDER IM VERGLEICH ZUM EU-DURCHSCHNITT DER ALTEN MITGLIEDSTAATEN



Quelle: Eurostat

AUSWIRKUNGEN AUF DEN ARBEITSMARKT

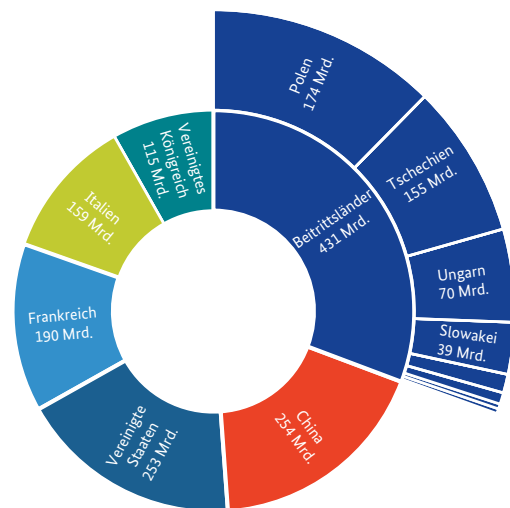
Im Zuge der Transformation stieg die Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern zunächst auf durchschnittlich 10,2% im Jahr 2004 an. Vor diesem Hintergrund wurde die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen Mitgliedstaaten in vielen Mitgliedstaaten erst schrittweise eingeführt. Die letzten Übergangsregelungen endeten in 2011. In den mittel- und osteuropäischen Ländern sank die Arbeitslosenrate seither auf 4,8% im Jahr 2023, in den alten EU-Mitgliedstaaten von 7,3% leicht auf 6,5%. Deutschland galt neben Großbritannien, das seinen Arbeitsmarkt direkt nach dem Beitritt komplett geöffnet hatte, als eines der großen Zielländer der Arbeitsmigration mit der negativen Kehrseite des Brain-Drains und dem daraus folgenden Fachkräftemangel in einigen Sektoren und Regionen der Herkunftsländer.

Gleichzeitig stehen die damaligen EU-Beitrittsländer heute, wie auch Deutschland, vor den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft. So herrscht in der Tschechischen Republik und Polen derzeit praktisch Vollbeschäftigung. Mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen EU-Mitgliedstaaten ist zu erwarten, dass sich der Wettbewerb um gut qualifizierte Fachkräfte innerhalb des Binnenmarktes weiter verstärken und so zu weiteren gemeinsamen Herausforderungen führen wird.

WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG FÜR DEUTSCHLAND

Deutschland hat von der Erweiterung der EU im Jahr 2004 in vielfacher Hinsicht profitiert und ist geografisch zu einem Land inmitten der EU geworden. Mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zur EU erschlossen sich für deutsche Unternehmen neue Märkte und Geschäftschancen. Der Handelsumsatz zwischen Deutschland und den zehn neuen Mitgliedstaaten stieg von rund 120 Milliarden Euro im Beitrittsjahr 2004 auf rund 431 Milliarden Euro im Jahr 2023; eine Steigerung um mehr als 250%. Die große Dynamik führte dazu, dass der deutsche Handelsumsatz mit den MOE-Ländern 2023 mit einem gemeinsamen Anteil von 14,6% deutlich vor den größten Handelspartnern China (8,6%) und den USA (8,5%) liegt. Allein Polen, der größte der neuen EU-Mitgliedstaaten, ist fünftgrößter Handelspartner Deutschlands (vgl. Abbildung 4). Umgekehrt ist Deutschland auch für die MOE-Länder überwiegend und oftmals mit großem Abstand der wichtigste Handelspartner, Investitionsstandort und Absatzmarkt. 

ABBILDUNG 4: EU-AUSSENHANDELSUMSATZ 2023 – BEITRITTSLÄNDER UND AUSGEWÄHLTE LÄNDER 2023



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis)

Im Durchschnitt lag der deutsche Anteil an den Importen der MOE-Länder 2022 bei 15,0%, bei den Exporten sogar 20,2%.

Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei sind wichtige Zielländer deutscher Direktinvestitionen. Unternehmen finden hier attraktive Investitionsbedingungen. Im Jahr 2021 betrug das gesamte Investitionsvolumen deutscher Unternehmen in Polen rund 36,9 Milliarden Euro, in Tschechien rund 26,6 Milliarden Euro, in Ungarn rund 18,5 Milliarden Euro und in der Slowakei rund 8,6 Milliarden Euro. Damit liegen diese vier Länder gemeinsam mit insgesamt rund 90,6 Milliarden Euro in Reichweite der deutschen Investitionen in China (rund 102,7 Milliarden Euro). Deutsche Unternehmen sind in Polen, Tschechien und Ungarn mit jeweils rund 20 % aller Direktinvestitionen die mit Abstand wichtigsten Investoren. Diese Investitionen haben die osteuropäische Wirtschaft gestärkt, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gesteigert und zugleich zu höherer Produktivität und Effizienz geführt. Im Gegenzug sind die osteuropäischen Länder sehr wichtige Handelspartner und Lieferanten von Gütern und Dienstleistungen der deutschen Industrie geworden, u. a. im Maschinenbau, der Automobilindustrie und der Elektrotechnik. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den osteuropäischen Ländern bietet viele Möglichkeiten der Vertiefung und ist am spürbarsten in den Grenzregionen. Wirtschaftsbeziehungen und persönliche Begegnungen tragen hier ganz praktisch zur Verständigung und zum gegenseitigen Vertrauen bei.

GESTIEGENE POLITISCHE RELEVANZ DER REGION

Im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich Energiesicherheit deutlich intensiviert worden. Sie erstreckt sich u. a. auf Offshore-Wind-Projekte in der Ostsee, LNG-Terminals, Wasserstoff und grenzüberschreitende Stromtrassen. Ein Ausbau gemeinsamer Infrastrukturen kann auch die Energiewende beschleunigen, bei der Deutschland und die osteuropäischen Länder bereits eng zusammenarbeiten, u. a. bei der vom BMWK geförderten Europäischen Klimaschutzinitiative (EUKI). Darüber hinaus stärken strategische Dialoge mit Ländern wie Tschechien, der Slowakei und Slowenien die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen und dienen dem Austausch von Best Practices.

Die EU steht infolge des Klimawandels und globaler Krisen vor immensen Herausforderungen. Gemeinsam müssen Volkswirtschaften zugleich klimaneutral bis 2050 und wett-

bewerbsfähig aufgestellt werden. Die grüne und digitale Transformation fordert nach 20 Jahren EU-Mitgliedschaft auch von den Unternehmen in den ehemaligen EU-Beitrittsländern erhebliche strukturelle Veränderungen und bietet zugleich neue Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft.

AUSBlick: EUROPAS ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN

Die Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen Deutschland und den osteuropäischen Ländern wird kontinuierlich fortentwickelt und intensiviert. Sie sind wichtige Akteure auf dem europäischen Parkett, deren Stimmen und Perspektiven für die gesamte EU und Deutschland von großer Bedeutung sind. Eine gleichberechtigte, enge Zusammenarbeit ist der Schlüssel, der die Geschichte der EU-Erweiterung zu einer gemeinsamen Erfolgsgeschichte macht. Die Idee eines Europas, das auf gemeinsamen Grundwerten, Gleichberechtigung und friedlichem Interessenausgleich seiner Mitgliedstaaten basiert, ist weiterhin attraktiv, wie auch das Beitrittsinteresse der Westbalkanländer, der Ukraine, Moldawiens und Georgiens zeigt. Die EU wird sich aber intern reformieren müssen, um künftig mit einer Vielzahl neuer Mitgliedsländer mit unterschiedlichen Ausgangspositionen geeint und zugleich handlungsfähig zu bleiben und die volle Funktionsfähigkeit seiner institutionellen und politischen Errungenschaften zeigen zu können. Die „Dynamik der europäischen Integration aufrechtzuerhalten“ (viertes Kopenhagener Beitrittskriterium) wird angesichts unterschiedlicher Grundhaltungen der EU-Mitglieder ebenso eine Herausforderung bleiben wie auch die gemeinsame Suche nach Kompromisslösungen. Die dabei erforderliche Geschlossenheit und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der EU werden durch Formate wie u. a. das so genannte Weimarer Dreieck – ein Dialogformat von Deutschland, Frankreich und Polen – zusätzlich gestärkt. Solche Formate bieten sich als Plattformen für den politischen Dialog und die Förderung der europäischen Integration an. —

KONTAKT

Referat: EA4 – Beziehungen zu Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Österreich, Slowenien, Griechenland, Zypern und Malta
schlaglichter@bmwk.bund.de



Transformation der Bauwirtschaft durch Leichtbautechnologien

Die Bauwirtschaft ist weltweit eine der ressourcenintensivsten Branchen. Auch ein großer Teil der globalen Treibhausgasemissionen entsteht beim Bauen, Betreiben, Abreißen und Entsorgen von Gebäuden und Infrastruktur. Für einen effizienteren Einsatz von Material und Energie bieten innovative Technologien große ökologische und ökonomische Einsparpotenziale. Der Leichtbau ist eine davon. Er kann bei der Transformation hin zu einer ressourcenschonenden und nachhaltigen Baubranche eine Schlüsselrolle einnehmen.

Um diese Potenziale des Leichtbaus für die Bauwirtschaft zu realisieren, bedarf es weiterer Forschung und Entwicklung. Insbesondere müssen innovative Lösungen in die Praxis gebracht werden. Hier setzt eine Reihe von Projekten an, die durch das Technologietransfer-Programm Leichtbau (TTP LB) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gefördert werden. In diesem Artikel werden die Potenziale des Leichtbaus und geförderte Projekte im Baubereich beleuchtet.

Die Grundidee von Leichtbau besteht darin, das Gewicht von Bauteilen zu reduzieren und so die Ressourceneffizienz zu steigern – bei gleichbleibender oder sogar optimierter

Funktionalität. Denn weniger Masse bedeutet weniger Material und damit weniger Rohstoffe, weniger Energie und weniger Abfall. Dabei ist es wichtig, stets auch die spätere Wiederverwendung von Werkstoffen und Bauteilen mitzudenken. „Design for disassembly“, also das recyclinggerechte Konstruieren und Bauen, trägt im Sinne der Kreislaufwirtschaft dazu bei, die Menge neu zu gewinnender Materialien und nicht rezyklierbarer Abfälle zu reduzieren. Denn der beste Werkstoff ist der, der nicht verbaut wird.

LEICHTBAU ZIELT AUF DEN GESAMTEN LEBENSZYKLUS VON BAUWERKEN

In den Mobilitätsbranchen ist der Leichtbau seit langem etabliert. Angesichts knapper und kritischer Rohstoffe, steigender Material- und Energiekosten sowie zunehmender Umwelt- und Klimabelastungen rückt diese Konstruktionsphilosophie auch in der Bauwirtschaft verstärkt in den Fokus. Dabei ist entscheidend: Leichtbau adressiert den gesamten Lebenszyklus von Bauwerken. Dies beginnt beim Herstellen der Baustoffe, geht über das Errichten und Nutzen bis hin zum Rückbau von Bauwerken und schließt den Kreis bei der Wiederverwertung und dem Recycling der Bauteile und Materialien.



LEICHTBAU BIETET VIELFÄLTIGE VORTEILE FÜR DIE BAUWIRTSCHAFT

Innovative Leichtbauansätze reduzieren nicht nur den Ressourceneinsatz und die Treibhausgasemissionen. Sie können auch dazu beitragen, Treibhausgase wie CO₂ aus der Luft zu speichern. So wird bereits heute eine Vielzahl von verschiedenen nachwachsenden Rohstoffen als CO₂-Speicher in der Baubranche eingesetzt. Neben Holz als Konstruktionswerkstoff kommen auch andere Naturbaustoffe wie Lehm, Hanf, Flachs, Stroh und Schilf zum Einsatz. Gründe für die steigenden Einsatzmengen dieser Materialien sind neben ökologischen Aspekten auch neue leichtbaugetriebene Produktentwicklungen und Verfahrenstechniken, die neue Bauformen zulassen. Da weniger Material in Gebäuden und für Infrastruktur benötigt wird, sinkt auch der Transportaufwand. Das beschleunigt und vereinfacht logistische Abläufe.

Zudem können Unternehmen ihre Abhängigkeiten in Lieferketten reduzieren und knappe Rohstoffe sowie Energie effizienter einsetzen. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen und macht sie resilienter gegenüber Preissteigerungen bei Energie- und Materialkosten.

In der Summe kann Leichtbau zu Kostensenkungen und effizientem Material-, Energie- und Personaleinsatz beitragen und so die Produktivität der bauwirtschaftlichen Tätigkeit erhöhen.

TECHNOLOGIETRANSFER-PROGRAMM LEICHTBAU FÖRdert DEUTSCHEN MITTELSTAND BEI DER UMSETZUNG INNOVATIVER LEICHTBAULÖSUNGEN

Das große Interesse der Bauwirtschaft an innovativen Leichtbaulösungen zeigt sich auch in der Forschung und Entwicklung. Mit dem Technologietransfer-Programm Leichtbau (TTP LB), das mit Inkrafttreten des Bundeshaushalts 2024 ausgelaufen ist und bei dem derzeit keine neuen Anträge möglich sind, fördert das BMWK anwendungsnaher Forschung und Entwicklung im Leichtbau. Von insgesamt 222 Vorhaben, welche durch das Programm realisiert und teilweise noch bis 2027 umgesetzt werden, sind 37 im Baubereich angesiedelt. Die Bauwirtschaft, eine stark mittelständisch strukturierte Branche, ist im Programm damit der am dritthäufigsten vertretene Sektor, nach der Automobilbranche sowie dem Maschinen- und Anlagenbau. Insgesamt werden die Vorhaben im Baubereich mit 55 Millionen Euro gefördert; das sind insgesamt knapp 16 Prozent der TTP LB-Fördermittel.

Die geförderten Projekte sind vielfältig und adressieren unterschiedliche Anwendungen. Hierzu zählen unter anderem Infrastrukturprojekte im Brückenbau, der verstärkte Einsatz nachwachsender Rohstoffe, die Erprobung re-

versibler Verbindungstechniken, um Bauteile sinnvoll wiederverwenden zu können, oder die Herstellung funktionsintegrierter Bauteile unter Verwendung von Künstlicher Intelligenz. Ein Schwerpunkt liegt auf der kreislaufgerechten Entwicklung von so genanntem Carbonbeton als Ersatz für klassischen Stahlbeton.

Durch die Zusammenarbeit verschiedener Projektpartner beschleunigt das Förderprogramm auch den Technologietransfer von Innovationen in serientaugliche, marktfähige Produkte und Verfahren. Davon profitieren sowohl kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als auch Großunternehmen.

ZEMENT EINSPAREN DANK NEUER MATERIALANSÄTZE

Beton ist der weltweit meistverwendete Baustoff. Vor allem bei der Produktion von Zement, der die Grundlage für das Herstellen von Beton bildet, werden große Mengen an Treibhausgasen emittiert. Für die Transformation des Bau-sektors ist es daher zentral, vor allem den Zementverbrauch zu reduzieren. Hier kommt die Forschungsförderung ins Spiel: In zahlreichen durch das Leichtbauprogramm geförderten Vorhaben arbeiten Forschende an Möglichkeiten, um Zement einzusparen, etwa mit neuen Materialansätzen oder digitalisierten und automatisierten Fertigungsverfahren.

Ein weiterer klima- und ressourcenschonender Ansatz besteht darin, Stahl durch technische Textilien aus Carbon, Basalt, Glas oder nachwachsende Rohstoffe wie Lignin zu substituieren. Diese werden nicht in Form von kurzen Fasern, sondern als Bewehrungselemente eingesetzt. Die Textilien werden je nach Anwendungsfall zu Stäben, Matten oder dreidimensionalen Strukturen ausgearbeitet. Die Verbindung mit Beton auf der Baustelle oder im Werk erfolgt herkömmlich wie beim Stahlbeton, erfordert also keine grundsätzlich neue Verarbeitungstechnik. Aufgrund des gegenüber Stahl stark verringerten Eigengewichts vereinfachen sich Transport sowie Logistik und Handling auf der Baustelle.

CARBONFASERN ERMÖGLICHEN IMMENSE CO₂-EINSPARUNGEN

Besondere Potenziale bestehen beim Einsatz von Carbonfasern, die sich gegenüber Stahl durch extrem hohe Festigkeit und Langlebigkeit auszeichnen und in hoher Qualität verlässlich hergestellt werden können. Die Korrosionsbeständigkeit von Carbonfasern ermöglicht eine filigranere Bauweise, da keine Schutzschichten wie bei der Bauweise mit Stahlbeton benötigt werden. Aufgrund der höheren Festigkeit und der Korrosionsbeständigkeit können je nach Bauteil bis zu 80 Prozent Beton eingespart werden. Als Resultat dieser Leichtbauweise





3D-Betondruck durch mobilen Druck-Roboter im vom BMWK geförderten Projekt 3DLight_OnSite

ergeben sich konservativ gerechnet CO₂-Einsparpotenziale von mindestens 50 Prozent im Vergleich zur Stahlbeton-Bauweise. Bei weiterer Optimierung können Einsparungen von 75 Prozent erreicht werden. Ein besonders interessantes Anwendungsgebiet ist die Verwendung von Carbonbeton im Bereich der Geschossdecken, die für einen erheblichen Einsatz von Stahlbeton stehen. Bezogen auf den Gesamtbetonbedarf für Geschossdecken in Deutschland kann daraus ein jährliches Einsparpotenzial von 9,5 bis 13,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten abgeschätzt werden.

MODULARER BRÜCKENBAU MIT CARBONBETON

Im Vorhaben PAMB entwickeln Forschende eine neuartige modulare Bauweise mit Carbonbeton für Brücken. Dabei werden die verschiedenen Bauteile für die Brücke vollständig im Werk vorgefertigt, auf die Baustelle geliefert und dann vor Ort verbunden. Die im Werk hergestellten Bauteile sind präziser und schlanker als herkömmliche Bauteile. Aufgrund der Korrosionsbeständigkeit von Carbon erwarten die Projektpartner zudem eine wesentlich höhere Lebensdauer gegenüber Stahlbetonbauwerken.

Durch die modulare Bauweise sind Einsparungen bei Material, Personal, Bauzeiten und Baustellengröße möglich. Außerdem lassen sich einzelne Elemente bei Schäden zerstörungsfrei austauschen, ohne das Bauwerk komplett neu errichten zu müssen. Beim Rückbau könnten die einzelnen

Elemente in Zukunft wiederverwertet oder einfacher recycelt werden, um den gesamten Lebenszyklus nachhaltiger auszugestalten. Die Ansätze aus dem Brückenbau lassen sich zudem auf viele andere Bereiche der Bauwirtschaft übertragen.

DIGITALISIERUNG UND AUTOMATISIERUNG: 3D-BETONDRUCK IM BAUWESEN

Ein weiterer Schwerpunkt der Projekte im Leichtbauprogramm ist die Additive Fertigung von Beton, die gezielt dimensionierte Querschnitte zulässt und die Logistik auf Baustellen erheblich vereinfacht. Dabei spielen Automatisierung, Digitalisierung sowie neue Materialansätze eine Rolle.

Mit dem geförderten Vorhaben **3DLight_OnSite** wollen Forschende den Einsatz des 3D-Betondrucks vorantreiben und die Technologie flexibler gestalten. Der robotergestützte Bauprozess des 3D-Drucks ermöglicht es, komplexe Bauteile mit mehr Freiheitsgraden für die geometrische und funktionale Optimierung zu fertigen. CO₂-intensive, hochfeste Betone müssen so nur noch dort eingesetzt werden, wo sie aus Festigkeits- und Dauerhaftigkeitsgründen benötigt werden. Herkömmliche Bau- und Logistikprozesse werden so maßgeblich verändert und effizienter gestaltet.



Um das wirtschaftliche und ökologische Potenzial des 3D-Drucks voll ausschöpfen zu können, arbeiten die Forschenden an einem durchgängig digitalisierten Bauprozess: vom Zusammenstellen der Gebäudedaten in einem Modell bis zum Übertragen der Daten an die Druck-Roboter. Gleichzeitig wird der Materialeinsatz verringert, indem der Beton mit einer materialsparenden Leichtbauweise gedruckt wird, die von der Wabenstruktur von Bienenstöcken inspiriert ist. Auch werden umweltfreundlichere Betonmischungen als bisher üblich angestrebt.

LEICHTBAU IST SCHLÜSSELTECHNOLOGIE FÜR DIE TRANSFORMATION DER BAUWIRTSCHAFT UND STÄRKT DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Leichtbau hat das Potenzial, die Bauwirtschaft entscheidend zu transformieren, indem er mit neuen Technologien und Verfahren Ressourceneffizienz und Kreislauffähigkeit steigert und damit zu Umwelt- und Klimaschutz beiträgt. Leichtbautechnologien ermöglichen nicht nur die Reduzierung von Treibhausgasemissionen sowie des Material- und Energieverbrauchs, sondern auch eine nachhaltige Gestaltung des gesamten Lebenszyklus von Bauwerken. Durch den hohen Vorfertigungsgrad tragen Leichtbau-Produkte zudem maßgeblich zur Qualitätssteigerung und Langlebigkeit von Bauteilen bei. Die Integration zusätzlicher Funktionen in Leichtbaukomponenten verspricht darüber hinaus zusätzliche Effizienzsteigerungen.

Die Bauwirtschaft in Deutschland verfügt über viele Anbieter innovativer Leichtbaulösungen und kann damit eine Vorreiterrolle in der Transformation der Bauwirtschaft in Europa und der Welt übernehmen. So kann der Leichtbau auch zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beitragen.

Die Förderung anwendungsnaher Forschung und Entwicklung beschleunigt den Technologietransfer von neuartigen Leichtbaulösungen in die breite industrielle Anwendung. Dies ermöglicht eine optimale Ausschöpfung der technologischen, ökonomischen und ökologischen Potenziale des Leichtbaus in einem flächendeckenden Einsatz. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: IVB4 – Bauwirtschaft, Leichtbau/Neue Werkstoffe, Ressourceneffizienz

schlaglichter@bmwk.bund.de

Informationen zum Leichtbauprogramm des BMWK:
www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Technologie/technologietransfer-programm-leichtbau.html

Leichtbauatlas des BMWK: www.leichtbauatlas.de

Anbieter von Leichtbaulösungen im Bauwesen:
www.leichtbauatlas.de/de/organisation/by/341/bauwesen

Termine

MAI 2024

07.05.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im März
08.05.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im März
13./14.05.2024	Eurogruppe / ECOFIN
14.05.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Mai“
21.05.2024	Telekommunikations- und Digitalrat (Brüssel)
23.05.2024	Rat für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Forschung und Raumfahrt (Brüssel)
24.05.2024	Rat für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie (Brüssel)
30.05.2024	Energierat (Brüssel)
30.05.2024	Handelsministerrat (Brüssel)

JUNI 2024

06.06.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im April
07.06.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im April
13.06.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Juni“
17.06.2024	Umwelt-/Klimarat (Luxemburg)
17.06.2024	Informelles Treffen des Europäischen Rates (Brüssel)
20./21.06.2024	Eurogruppe/ECOFIN
27./28.06.2024	Europäischer Rat (Brüssel)

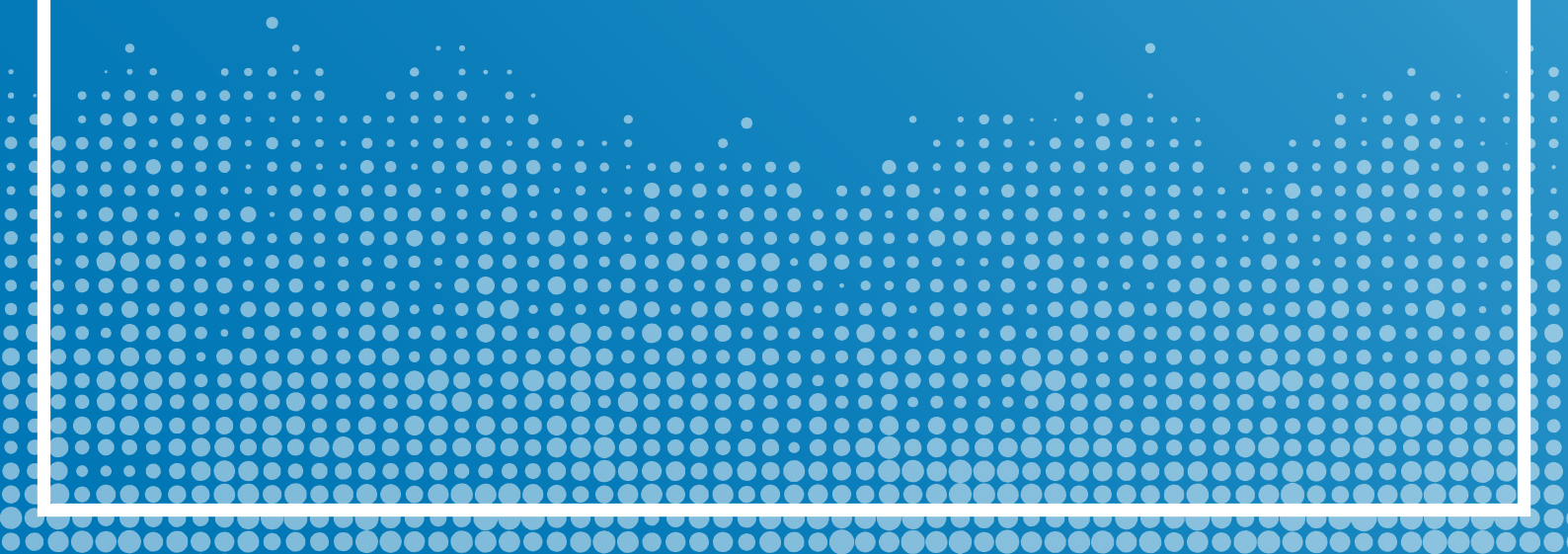
JULI 2024

04.07.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Mai
05.07.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Mai
08./09.07.2024	Informelles Ministertreffen Wettbewerbsfähigkeit (Ungarn)
11./12.07.2024	Informelles Ministertreffen Umwelt/Klima (Ungarn)
15.07.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Juli“
15./16.07.2024	Eurogruppe/ECOFIN
15./16.07.2024	Informelles Ministertreffen Energie (Ungarn)

K



KONJUNKTUR



DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

in Deutschland im April 2024¹

IN KÜRZE

Jüngste Konjunkturindikatoren deuten eine Trendwende an, auch wenn das Gesamtbild noch uneinheitlich ist: Günstige Witterungsbedingungen und Nachholeffekte im Gefolge des hohen Krankenstandes zu Jahresende begünstigten die Produktion in der Industrie und im Bau. Die Stimmung in der Industrie und bei den privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern hat sich seit Jahresbeginn deutlich aufgehellt. Auch seitens der Außenwirtschaft lässt sich eine leichte Belebung feststellen. Dennoch sind die Risiken angesichts der nach wie vor schwachen Auftragslage und der anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten, zuletzt insbesondere hinsichtlich der Entwicklung im Nahen Osten, hoch.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe wurde im Februar gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,1% ausgeweitet. Damit ist der zweite spürbare Anstieg in Folge zu verzeichnen. Auch der Ausstoß der Industrie erhöhte sich erneut (+1,9%). Zuvor waren seit Mai 2023 Rückgänge zu konstatieren. Das Baugewerbe zog mit +7,9% kräftig an, nachdem schon im Januar ein Plus von 2,9% erzielt worden war. Die positive Entwicklung der Produktion im Baugewerbe im Februar dürfte maßgeblich durch die milde Witterung geprägt worden sein und auch beim beachtlichen Zuwachs im Verarbeitenden Gewerbe haben sicherlich Aufholeffekte nach hohem Krankenstand eine Rolle gespielt.

Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im Februar gegenüber dem Vormonat deutlich um 1,7% gesunken, nachdem sie bereits in den vorangegangenen drei Monaten rückläufig waren. Gegenüber Februar 2023 meldete der Einzelhandel ein reales Umsatzminus von 2,6%. Insgesamt bewegen sich die Frühindikatoren für den privaten Konsum leicht aufwärts, dies jedoch auf niedrigem Niveau.

Die Inflationsrate ging im März auf 2,2% zurück; das ist der niedrigste Wert seit April 2021. Damit ist die Inflation seit März 2023 im Trend rückläufig. Die Preise für Nahrungsmittel nahmen mit -0,7% erstmals seit Februar 2015 im Vergleich zum Vorjahresmonat ab. Auch die Energiepreise sind gegenüber dem Vorjahresmonat erneut gesunken, zuletzt um 2,7%. Im Bereich der Dienstleistungen hingegen hat sich der Preisaufrtrieb mit +3,7% wieder leicht verstärkt.

Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich der Beschäftigungsaufbau im Februar abgeschwächt fort, die Arbeitslosigkeit stieg gleichzeitig an. Einem Beschäftigungsabbau in konjunkturreaktiven Bereichen wie dem Verarbeitenden Gewerbe stand dabei ein Stellenzuwachs bei Dienstleistungen gegenüber. Frühindikatoren zeigten eine Fortsetzung dieses Trends: Laut IAB-Arbeitsmarktbarometer dürfte die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten nochmal leicht zulegen, während auch die Beschäftigung wächst. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat sich weiter etwas aufgehellt, nach wie vor rechnen aber unter den Wirtschaftsbereichen einzig die Dienstleister mit Personalzuwachs.

Der Frühindikator IWH-Insolvenztrend weist für März 2024 einen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen um 9% gegenüber dem Vormonat Februar auf 1.297 aus (Vorjahresmonat: +35%). Dabei handele es sich laut IWH um den höchsten Wert seit Beginn der IWH-Datenerhebung im Jahr 2016. Frühindikatoren deuten jedoch darauf hin, dass die Insolvenzzahlen ab Mai wieder leicht zurückgehen könnten.

KONJUNKTURELLE TRENDWENDE DEUTET SICH AN

Jüngste Konjunkturindikatoren zeigen eine allmähliche wirtschaftliche Stabilisierung, geben allerdings insgesamt noch ein gemischtes Bild: Die Industrieproduktion – insbesondere auch in den energieintensiven Bereichen – hat sich seit Jahresbeginn spürbar erholt und die Bauproduktion stieg seit Jahresbeginn kräftig an. Neben günstigen Witterungseffekten dürfte die Normalisierung des Krankenstandes – nach dem deutlichen Anstieg zum Jahresende 2023 – zu gewissen Aufholeffekten in der Produktion beigetragen haben. Auch der Warenhandel tendierte zuletzt, unter monatlichen Schwankungen, tendenziell positiv. Gleichzeitig bleiben die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe – ohne Berücksichtigung der hohen monatlichen Schwankungen durch Großaufträge – in der Tendenz weiter abwärtsgerichtet und verringern die Auftragsbestände in den Unternehmen. Trotz allmählicher Stabilisierung der Kaufkraft und anhaltendem Beschäftigungsaufbau bleibt die Entwicklung im Einzelhandel bis zuletzt schwach.

Stimmungsbasierte Frühindikatoren deuten aktuell eine konjunkturrelle Trendwende an: Die Geschäftserwartungen in den Unternehmen haben sich laut ifo Geschäftsklima im März spürbar aufgehellt und auch die aktuelle Geschäftslage verbesserte sich. Bei der Stimmung der privaten Haushalte in Deutschland, gemessen am GfK-Konsumklima und dem HDE-Konsumbarometer, deutet sich zuletzt ebenfalls eine Stabilisierung an.

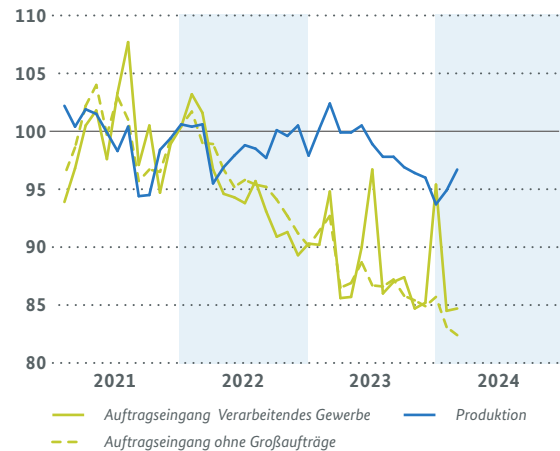
Vor dem Hintergrund der insgesamt leicht verbesserten Indikatorenlage gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer jüngsten Gemeinschaftsdiagnose für das erste Quartal 2024 von einer wirtschaftlichen Stagnation aus, bevor es im weiteren Jahresverlauf im Zuge rückläufiger Inflationsraten, steigender Löhne und Einkommen, einer anhaltend stabilen Arbeitsmarktentwicklung und zunehmender Impulse von der Außenwirtschaft zu einer spürbaren konjunkturrellen Belebung kommt. Dennoch bestehen für die erwartete Erholung weiterhin Unsicherheiten, insbesondere mit Blick auf die geopolitischen Entwicklungen.



¹ In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 16. April 2024 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungs-raten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

INDUSTRIEPRODUKTION UND AUFTRAGSEINGANG IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2021 = 100, kalender- und saisonbereinigt

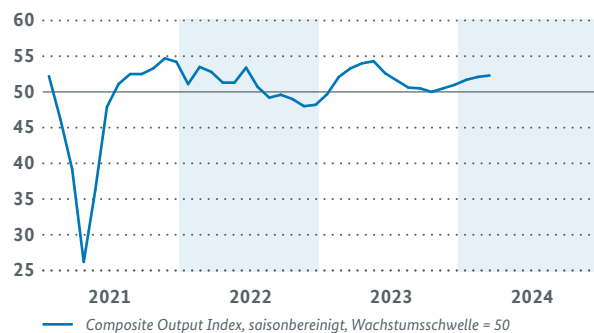


Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

WELTWIRTSCHAFTLICHE AUSSICHTEN HELLEN SICH AUF

Im Januar schrumpfte die weltweite Industrieproduktion um 0,5% gegenüber dem Vormonat, im Vergleich zum Vorjahr lag sie aber weiterhin im Plus (+1,2%). Einkaufsmanagerindizes in wichtigen deutschen Absatzmärkten wie der EU sind zuletzt aber gestiegen, und auch der Stimmungskindikator von S&P Global hat sich zum fünften Mal in Folge etwas verbessert und weist für den Berichtsmonat März einen Wert von 52,3 Punkten auf (Februar: 52,1 Punkte). Sowohl im Verarbeitenden Gewerbe (von 50,3 auf 50,6 Punkte) als auch bei den Dienstleistern (von 52,4 auf 52,5 Punkte) ist der Index gestiegen.

EINKAUFSMANAGERINDEX WELT S&P GLOBAL



Quellen: S&P Global, Macrobond

Zu diesem Bild passt der Abbau der erhöhten Lagerbestände, besonders bei Vorleistungsgütern, wovon auch der Welthandel profitiert haben dürfte. Im Januar hatte der weltweite Warenhandel um 0,9% gegenüber dem Vormonat zugenommen und aktuelle Frühindikatoren weisen auf eine weitere Belebung hin. Der RWI/ISL-Containerumschlag-Index hat im Februar seinen Aufwärtstrend fortgesetzt und liegt nun bei 129,5 Punkten. Vor allem der Nordrange-Index für europäische Häfen nahm deutlich zu (von 101,0 auf 104,0 Punkte); ohne den merklichen Rückgang des Containerumschlags in den chinesischen Häfen wäre der Anstieg des RWI/ISL-Index noch wesentlich höher ausgefallen. Die Einschränkungen des Schiffsverkehrs im Roten Meer scheinen derzeit keine signifikanten Auswirkungen auf den Welthandel zu haben.

Die aktuellen Daten stützen damit die Erwartung einer Erholung des Welthandels im laufenden Jahr. Nach dem Rückgang des weltweiten Warenhandels 2023 um 1,9% erwarten die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in der Gemeinschaftsdiagnose einen Zuwachs des Güterhandels um 1,3% in diesem Jahr und 2,2% im Jahr 2025 – und damit eine Rückkehr zum längerfristigen Trend.

IM AUSSENHANDEL ERHOLUNG TROTZ DÄMPFER BEI EXPORTEN IN SICHT

Nach dem kräftigen Jahresstart kam es bei den Exporten im Februar zu einer Korrektur. Im Februar sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen gegenüber dem Vormonat saison- und kalenderbereinigt etwas zurückgegangen (-0,8%). Nach den spürbaren Zuwächsen im Warenhandel mit den EU-Staaten im Januar, die u. a. mit Großaufträgen zusammenhingen, kam es im Februar zu einem Rücksetzer (-3,9%). In die übrigen Länder wurde im Vormonatsvergleich dagegen etwas mehr exportiert (+0,4%). Die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen expandierten im Februar mit +2,8% gegenüber dem Vormonat erneut recht deutlich. Während auch hier Rückgänge im Warenhandel mit den EU-Ländern zu verzeichnen waren (-5,7%), wurde aus den Drittstaaten wesentlich mehr importiert als im Januar (+14,7%). Der monatliche Handelsbilanzüberschuss ist im Zuge der gegenläufigen Entwicklung von Importen und Exporten saisonbereinigt von 22,9 Milliarden Euro im Januar auf 17,6 Milliarden Euro gesunken.

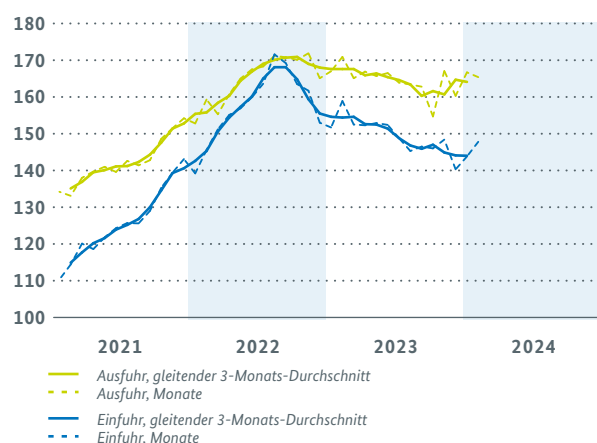
Die Außenhandelspreise waren im Februar nach wie vor von der Entwicklung der Preise für importierte Energie, insbesondere Erdgas, geprägt. Die Einfuhrpreise gingen gegenüber Februar 2023 um 4,9% zurück; Energieeinfuhren verbilligten sich um 20,7% gegenüber dem Vorjahresmonat. Auch die Ausfuhrpreise gaben gegenüber dem Vorjahresmonat nach (-1,1%), ebenfalls getrieben durch deutliche Preisrückgänge bei exportierter Energie.



Die Frühindikatoren deuten aktuell auf eine Erholung des Außenhandels hin: Die ifo Exporterwartungen haben sich im März deutlich aufgehellt (von -6,6 auf -1,4 Punkte). Aktuell rechnen wesentlich mehr Branchen als im Vormonat mit zunehmenden Exporten, so z.B. die Automobil- und die chemische Industrie. Ein rückläufiges Auslandsgeschäft wird u. a. bei den energieintensiven Metallzeugern und -bearbeitern erwartet. Auch die Auftragsbestände aus dem Ausland wurden von den befragten Unternehmen zuletzt etwas besser beurteilt. Allerdings entwickeln sich die Auftragseingänge aus dem Ausland – unter hohen Schwankungen – bisher weiterhin schwach. Nach dem kräftigen Jahresstart kam es bei den Exporten

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

AUSSENHANDEL*

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	-1,8	-1,6	-4,1	4,0	-0,8
EINFUHR	-3,7	-1,3	-5,5	2,5	2,8
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	-4,7	-5,0	-9,0	1,6	-1,2
Eurozone	-5,7	-5,8	-10,7	-0,6	-3,5
EU Nicht-Eurozone	-3,6	-5,1	-8,5	6,3	1,2
Drittländer	-4,2	-4,3	-7,9	1,9	0,1
EINFUHR	-15,4	-13,1	-14,9	-7,5	-6,7
Eurozone	-10,4	-9,0	-12,0	-1,7	-7,3
EU Nicht-Eurozone	0,1	-3,8	-8,6	9,0	-5,2
Drittländer	-23,1	-18,8	-18,8	-16,3	-6,8

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

im Februar zu einer Korrektur. Insgesamt liegen die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im ersten Quartal aber bislang mit +2,9% immer noch merklich höher als im Vorquartal. Auch die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen liegen gegenüber dem Vorquartal aktuell mit 2,0% im Plus. Zusammen mit den erneut günstigeren Signalen der Frühindikatoren wird die Erwartung einer moderaten Erholung der Exporte gestützt. Eine Verschärfung der geo- und handelspolitischen Spannungen stellt weiterhin ein Risiko für die Entwicklung des Außenhandels dar.

ZWEITER SPÜRBARER PRODUKTIONSANSTIEG HINTEREINANDER

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im Februar gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und seasonsbereinigt kräftig um 2,1% ausgeweitet. Damit ist der zweite spürbare Anstieg in Folge zu verzeichnen. Auch der Ausstoß der Industrie erhöhte sich erneut um +1,9% spürbar. Zuvor waren seit Mai 2023 Rückgänge zu konstatieren. Das Baugewerbe zog mit +7,9% kräftig an, nachdem schon im Januar ein Plus von 2,9% erzielt worden war. Demgegenüber verringerte sich die Energieproduktion am aktuellen Rand erneut deutlich um 6,5%. Die positive Entwicklung der Produktion im Baugewerbe in den vergangenen zwei Monaten dürfte maßgeblich durch die milde Witterung geprägt worden sein und auch beim beachtlichen Zuwachs im Verarbeitenden Gewerbe haben sicherlich Aufholeffekte nach hohem Krankenstand zum Jahresende 2023 eine Rolle gespielt.

Die Wirtschaftszweige innerhalb der Industrie entwickelten sich unterschiedlich: Maßgebliche Produktionsausweitungen waren in den Wirtschaftszweigen Chemische Erzeugnisse (+4,6%), pharmazeutische Erzeugnisse (+6,4%) und im gewichtigen Bereich Kfz/Kfz-Teile (+5,7%) zu verzeichnen. Dagegen wurde die Produktion im ebenfalls bedeutsamen Bereich Maschinenbau (-1,0%) sowie bei elektrischen Ausrüstungen (-2,7%) und Druckerzeugnissen (-2,6%) gedrosselt.

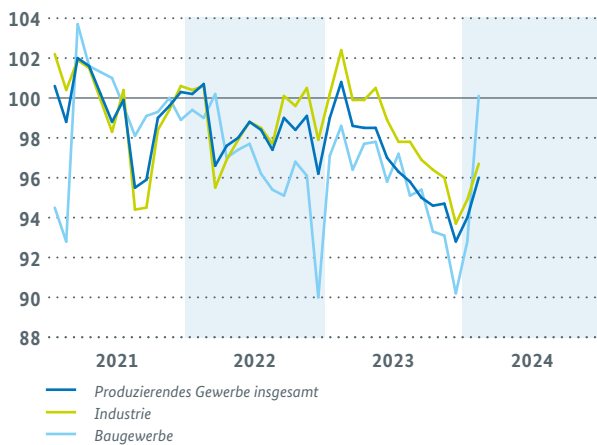
Die Auftragseingänge sind im Februar gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und seasonsbereinigt leicht gestiegen (+0,2%); im Januar hatte es einen Rücksetzer (-11,4%) nach einem kräftigen Anstieg im Dezember (+12,0%) gegeben. Zuletzt war im Inland ein Orderplus zu verzeichnen (+1,5%), während aus dem Ausland weniger Bestellungen eingingen (-0,7%). Hier schlug ein kräftiges Minus aus dem Euroraum zu Buche (-13,1%). Aus dem Nicht-Euroraum kam es zu einem Orderzuwachs von 7,8%. Erneut war der Vormonatsvergleich insgesamt wieder durch den Verlauf bei den Großaufträgen geprägt; ohne diese ergab sich ein Minus von 0,8%.



Auch bei den Auftragseingängen war innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes im Februar in den einzelnen Bereichen eine unterschiedliche Entwicklung zu beobachten: Deutliche Orderzuwächse meldeten der Maschinenbau (+10,7%), die pharmazeutischen Erzeugnisse (+6,6%) und die chemischen Erzeugnisse (+3,1%). Auftragsrückgänge waren hingegen in den Bereichen elektrische Ausrüstungen (-1,9%), Metallserzeugnisse (-5,3%) sowie vor allem im gewichtigen Bereich Kfz und Kfz-Teile (-8,1%) zu beobachten.

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2021 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIE

Veränderung ggü. Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
PRODUKTION					
Insgesamt	-2,3	-2,2	-2,4	1,3	1,9
Vorleistungsgüter	-1,3	-3,3	-5,0	4,3	2,5
Investitionsgüter	-3,1	-1,0	-1,3	-1,5	1,5
Konsumgüter	-2,0	-3,4	-0,4	3,4	1,9
UMSÄTZE					
Insgesamt	-1,5	-1,0	1,3	-5,2	2,2
Inland	-1,2	-1,9	0,2	-2,6	1,7
Ausland	-1,7	-0,2	2,3	-7,6	2,6
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	-4,4	1,9	12,0	-11,4	0,2
Inland	-7,6	2,9	9,9	-11,3	1,5
Ausland	-2,2	1,2	13,3	-11,4	-0,7
Vorleistungsgüter	-1,8	2,2	9,1	-9,3	1,0
Investitionsgüter	-6,7	1,9	15,5	-13,3	-0,6
Konsumgüter	-0,2	0,2	-1,1	-6,3	2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Mit den aktuellen Daten verfestigen sich die Anzeichen einer allmählichen industriellen Stabilisierung. Zuvor haben schon Stimmungsindikatoren wie das ifo Geschäftsklima oder der Einkaufsmanagerindex PMI darauf hingedeutet.

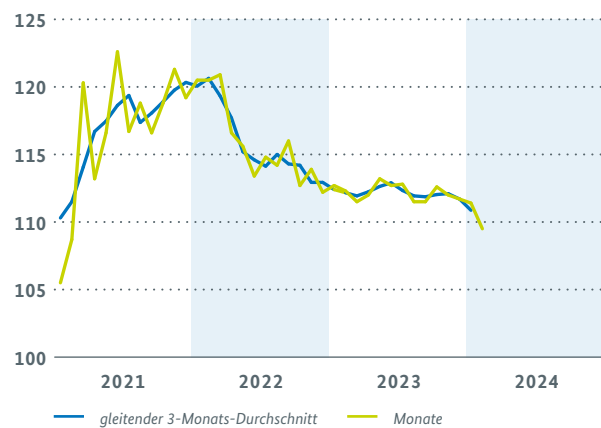
Einzelhandel mit enttäuschendem Jahresauftakt

Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) sind im Februar gegenüber dem Vormonat deutlich um 1,7% gesunken, nachdem sie bereits in den vorangegangenen drei Monaten rückläufig waren. Gegenüber dem Vorjahr meldete der Einzelhandel im Februar ein reales Umsatzminus von 2,6%. Auch der Handel mit Lebensmitteln weist im Vormonats- sowie Jahresvergleich rückläufige Umsätze auf (-1,3% bzw. -1,6% gegenüber dem Vorjahr). Der Umsatz im Internet- und Versandhandel verringerte sich im Februar um 4,2% (-6,0% gegenüber dem Vorjahr).

Bei den PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen ergab sich im März im Vormonatsvergleich ein Rückgang um 9,9%. Im aussagekräftigeren Quartalsvergleich ist ebenfalls ein deutlicher Rückgang von 13,0% zu konstatieren. Neuzulassungen von Pkw insgesamt sind im März um 2,0% gesunken. In der Quartalsbetrachtung belief sich die Abnahme auf 4,9%.

Einzelhandelsumsatz ohne Handel mit Kfz

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Bei der Stimmung der privaten Haushalte in Deutschland, gemessen am GfK-Konsumklimaindex und dem HDE-Konsumbarometer, deutet sich zuletzt eine Bodenbildung an: Das HDE-Konsumbarometer stieg im April zum dritten Mal in Folge und auch laut GfK nimmt das Konsumklima im April erneut leicht zu, wobei insbesondere eine sinkende Sparneigung sowie verbesser-



te Erwartungen der Einkommensentwicklung sich positiv bemerkbar machten. Insgesamt bewegen sich die Frühindikatoren leicht aufwärts, dies jedoch auf niedrigem Niveau. Im Zuge steigender Löhne und rückläufiger Inflationsraten dürfte sich im Frühjahr jedoch eine schrittweise Erholung des privaten Konsums einstellen.

ERNEUT SPÜRBARER RÜCKGANG DER INFLATIONSRATE

Die Inflationsrate (Preisniveauanstieg binnen Jahresfrist) belief sich im März auf 2,2%; das ist der niedrigste Wert seit April 2021. Im Januar und Februar lag die Rate bei 2,9 % beziehungsweise 2,5 %. Damit ist die Inflation seit März 2023 im Trend rückläufig. Die Kernrate (ohne Energie und Nahrung) verringerte sich auf 3,3 % (Januar/Februar: jeweils 3,4 %). Die Preise für Nahrungsmittel nahmen mit -0,7 % erstmals seit Februar 2015 im Vergleich zum Vorjahresmonat ab. Auch die Energiepreise sind gegenüber dem Vorjahresmonat erneut gesunken, zuletzt um 2,7 % (Februar: -2,4 %). Im Bereich der Dienstleistungen hingegen hat sich der Preisauftrieb mit +3,7 % wieder leicht verstärkt (Januar/Februar: jeweils +3,4 %).

Auch auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen ist eine weiter nachlassende Preisdynamik zu beobachten. Die Erzeugerpreise nahmen im Februar im Vergleich zum Vormonat um 0,4 % ab; gegenüber dem Vorjahresmonat lagen sie um 4,1 % niedriger. Im Januar hatte die Rate bei -4,4 % gelegen. Ausschlaggebend waren die Preisrückgänge bei Energie. Die

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Feb.	März	Feb.	März
Insgesamt	0,4	0,4	2,5	2,2
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,5	0,7	3,4	3,3
Nahrungsmittel	-0,5	-0,3	0,9	-0,7
Wohnung, Betriebskosten	0,1	0,0	1,1	0,9
Gesundheitspflege	0,5	0,1	3,0	3,1
Verkehr	0,9	1,1	1,6	2,0
Nachrichtenübermittlung	0,0	-0,3	0,6	0,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	1,3	0,8	2,7	2,0
Bildungswesen	0,1	0,4	4,5	4,8
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,6	0,7	6,2	6,4
Energie	0,5	-0,3	-2,4	-2,7
Kraftstoffe	1,8	0,6	-0,4	0,3
Dienstleistungen	0,6	0,8	3,4	3,7
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	0,3	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Einfuhrpreise lagen im Februar um 4,9 % unter dem Vorjahresmonat (-0,2 % gegenüber dem Vormonat). Die Verkaufspreise im Großhandel sind im März im Vorjahresvergleich um 3,0 % gefallen. Gegenüber dem Vormonat erhöhten sie sich nach vier Rückgängen in Folge wieder etwas (+0,2 %).

An den Spotmärkten entwickelten sich zuletzt die Preise für Erdgas wieder rückläufig. Aktuell liegt der *TTF Base Load* mit rund 31 Euro/MWh etwa 25 % unter dem Niveau des Vorjahres. Gegenüber dem Vormonat ist aber eine Erhöhung von knapp 15 % zu verzeichnen. Die Markterwartungen deuten darauf hin, dass sich die Erdgaspreise in den kommenden Quartalen um einen Wert von 30 Euro/MWh bewegen werden.

In den kommenden Monaten stehen den tendenziell weiter inflationsdämpfenden Faktoren wie Preisrückgängen auf vorgelagerten Wirtschaftsstufen temporär erhöhende Effekte infolge des Auslaufens der Umsatzsteuersatzsenkung auf Gas und Fernwärme im April und eines Basiseffekts aus der Einführung des 49-Euro-Tickets im Mai 2023 gegenüber. Auch der Verlauf der Ölpreise stellt angesichts der Eskalation des Konflikts im Nahen Osten ein Risiko für die Energiepreisentwicklung dar; die Spotpreise für Öl der Sorte Brent notierten zuletzt im Vormonatsvergleich um rund 10 Prozent höher.

NUR SCHWACHE FRÜHJAHRSEBELEBUNG AUF DEM ARBEITSMARKT

Angesichts der konjunkturellen Lage fällt die übliche saisonale Frühjahrserholung auf dem Arbeitsmarkt etwas schwächer aus als üblich: Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im März saisonbereinigt (sb) um 4.000 Personen und setzt damit den Trend seit Sommer 2022 fort. Die Erwerbstätigkeit legte im Februar weiter zu (sb +16.000 Personen). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im Januar um 27.000 Personen (sb). Der Beschäftigungsabbau in konjunktur reagiblen Bereichen wie dem Verarbeitenden Gewerbe wird von einem Stellenzuwachs bei Dienstleistungen überkompensiert. Die konjunkturelle Kurzarbeit ist im Januar leicht auf rund 190.000 Personen gestiegen und wird laut Anzeigen bei der BA auch in den folgenden Monaten im Bereich von 160.000 bis 200.000 bleiben. Frühindikatoren zeichnen ein gemischtes Bild: Die Zahl der bei der BA gemeldeten Stellen geht weiter zurück; das IAB-Arbeitsmarktbarometer sowie die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen laut ifo haben sich dagegen im März etwas aufgehellt. Zunächst dürfte sich die Lage am Arbeitsmarkt weiterhin seitwärts entwickeln. Erst im späteren Jahresverlauf ist im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung mit einer Belebung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen.



ARBEITSMARKT**ARBEITSLOSE (SGB II und III)**

	4.Q.	1.Q.	Jan.	Feb.	März
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,617	2,796	2,805	2,814	2,769
ggü. Vorjahr in 1.000	173	186	189	194	176
ggü. Vorperiode in 1.000*	59	21	1	12	4
Arbeitslosenquote	5,7	6,1	6,1	6,1	6,0

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

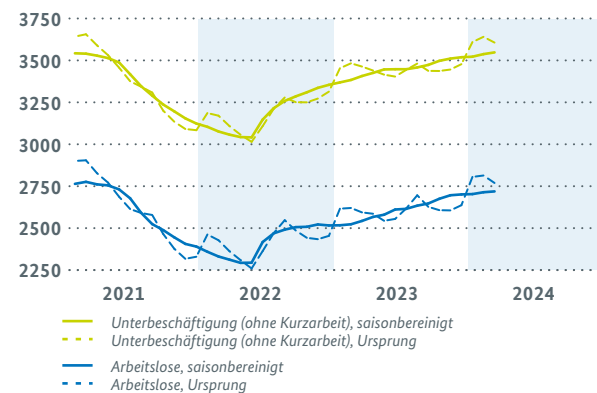
	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio. (Ursprungszahlen)	46,0	46,2	46,1	45,8	45,8
ggü. Vorjahr in 1.000	307	215	207	235	199
ggü. Vorperiode in 1.000*	-5	30	26	53	16

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,8	35,0	35,1	34,9	34,8
ggü. Vorjahr in 1.000	228	217	228	202	205
ggü. Vorperiode in 1.000*	28	52	17	14	27

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

**ARBEITSLOSIGKEIT UND
UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)**

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

UNTERNEHMENSINSOLVENZEN STEIGEN WEITER

Der Frühindikator IWH-Insolvenztrend weist für März 2024 einen weiteren Anstieg der Unternehmensinsolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften um 9% gegenüber dem Vormonat Februar auf 1.297 Fälle aus. Dabei handele es sich laut IWH um den höchsten Wert seit Beginn der IWH-Datenerhebung im Jahr 2016. Dieser liegt rund 35% über dem Vorjahresmonat und rund 30% über dem März-Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019. Die Zahl der betroffenen Beschäftigten (größte 10% der Unternehmen) verblieb nach IWH-Daten in etwa auf dem Niveau des Vormonats, liegt aber dennoch rund 42% höher als in einem durchschnittlichen März vor der Corona-Pandemie. Positive Frühindikatoren deuten allerdings darauf hin, dass die Insolvenzzahlen ab Mai wieder zurückgehen könnten, auch wenn sie noch eine Zeit lang über dem Vor-Corona-Niveau liegen dürften.

BIP NOWCAST FÜR DAS ERSTE UND DAS ZWEITE QUARTAL 2024

IN KÜRZE

Der Nowcast für die preis-, saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt -0,1% für das erste Quartal 2024 bzw. +0,5% für das zweite Quartal 2024 (Stand 11. April).¹

Das Prognosemodell des Nowcast schätzt für das erste Quartal 2024 aktuell einen preis-, saison- und kalenderbereinigten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal um 0,1%. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Einschätzung der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Erste Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Quartal 2024 werden vom Statistischen Bundesamt am 30. April 2024 veröffentlicht („Schnellmeldung“). Für das zweite Quartal erfolgt die Schnellmeldung am 30. Juli 2024.

Die Abbildung veranschaulicht die Entwicklung des Nowcast im Zeitverlauf. Bei erstmaliger Berechnung im Oktober 2023 lag der Nowcast für das erste Quartal bei +0,1%. Er bewegte sich zunächst seitwärts, da enttäuschende ifo Umfrageergebnisse zum Verarbeitenden Gewerbe und Handel durch robuste Beschäftigungsdaten ausgeglichen wurden. Ab Ende November stieg der Nowcast auf +0,2%, getrieben insbesondere durch günstigere Signale vom ifo Geschäftsklima und von PMI/HCOB Einkaufsmanagerindizes. Mitte Dezember zogen dämpfende Auswirkungen der Einkaufsmanagerindizes für Dienstleistungen und Industrie und schwache Daten zu Produktion und Bau in Frankreich den Nowcast auf -0,1%.

Zum Jahreswechsel stieg der Nowcast auf ein Hoch von +0,3%, getrieben von gemeldeten Arbeitsmarktdaten und verbesserten Stimmungsindikatoren in Frankreich (Unternehmen) und Deutschland (Konsum). Anschließend führte die Eintrübung des Geschäftsklimas in Deutschland zusammen mit einer Verschlechterung des Konsumentenvertrauens im Euroraum zu einer deutlichen Abwärtsrevision auf -0,2% Mitte Januar. Positive Impulse vom Einkaufsmana-

gerindex im Verarbeitenden Gewerbe in Italien sowie Arbeitsmarktdaten aus Deutschland trieben den Schätzwert Anfang Februar wieder auf +0,1%. Enttäuschende Außenhandels- und Produktionszahlen für den Berichtsmont Dezember sowie ifo Umfrageergebnisse für den Berichtsmont Februar verringerten den Nowcast bis Ende Februar auf -0,2%. Im März trugen die Aufhellung des ifo Geschäftsklimaindex einerseits und die Eintrübung des Einkaufsmanagerindex (Produktion und Dienstleistungen), des BA-Stellenindex sowie rückläufige Umsätze im Einzelhandel zur Seitwärtsbewegung des Schätzwerts bei -0,2% bei. Aufgrund positiver Entwicklungen des ifo Beschäftigungsbarometers, der Wohnungsbaubeginne und der Umsätze im Großhandel in Frankreich stieg der Nowcast Ende März kurzzeitig auf -0,1%. Der starke Rückgang auf -0,4% zu Beginn des zweiten Quartals wurde durch schwache Auftragseingänge in der Industrie, negative Einflüsse in der Automobilbranche und Datenrevisionen getrieben. Günstigere Produktionsdaten für den Berichtsmont Februar führten zuletzt wieder zu einer Aufwärtsrevision auf -0,1%.

Der Nowcast für das zweite Quartal 2024 liegt aktuell bei +0,5%. Der Schätzwert bewegte sich seit erstmaliger Berechnung Anfang Januar zunächst seitwärts bei +0,2%. Dabei standen negative Einflüsse – z. B. von Stimmungsindikatoren bei Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern für den Berichtsmont Januar und Auftrags-eingängen in der Industrie für den Berichtsmont Dezember – positiven Entwicklungen bei Einkaufsmanagerindizes (Deutschland, Frankreich) sowie



DAS MODELL

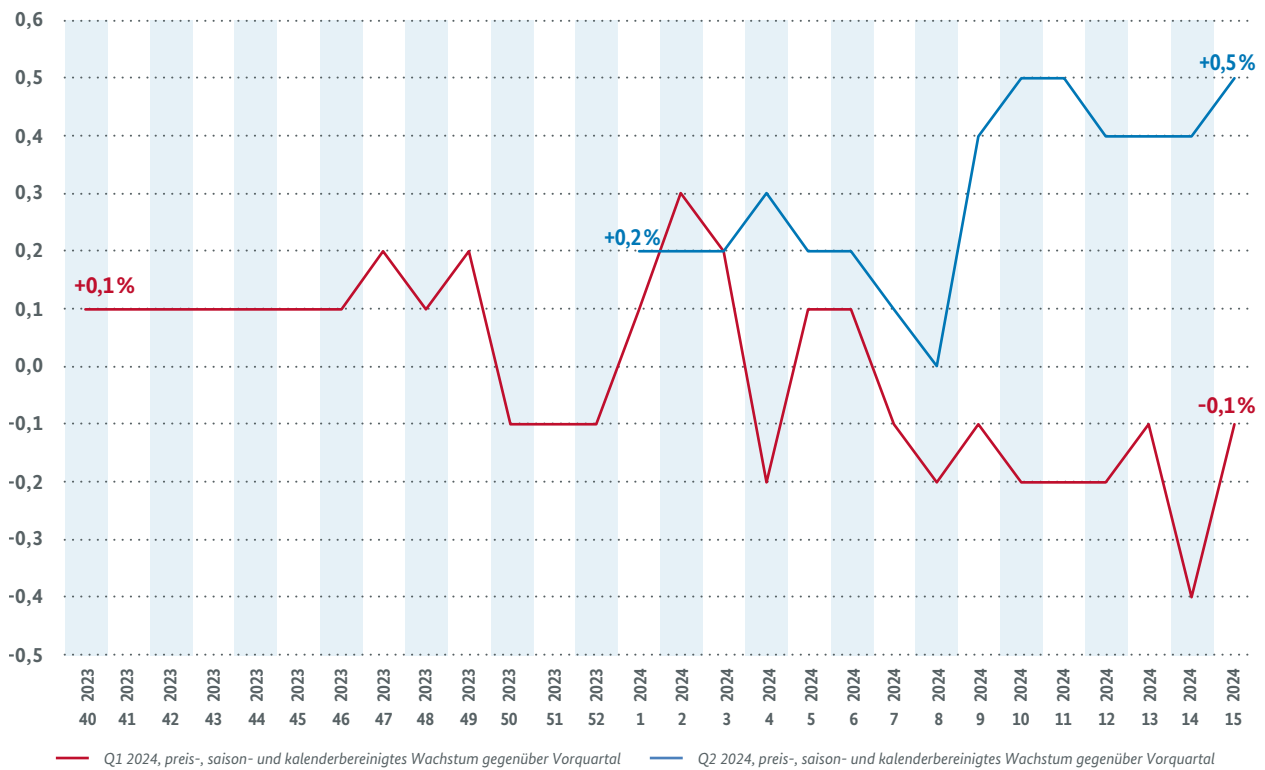
Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

Arbeitsmarktdaten aus Frankreich und Industrieumsätzen in Italien gegenüber. Bis Ende Februar zogen enttäuschende ZEW-Konjunkturerwartungen sowie Umfrageergebnisse zum Verarbeitenden Gewerbe und Handel und der Einkaufsmanagerindex für den Berichtsmonat Februar den Nowcast auf +0% nach unten. Anfang März wurde die Aufwärtsrevision auf +0,4% durch die positive Entwicklung des Konsumklimas in Deutschland, des Geschäftsklimas im Euroraum und durch günstige Meldungen zu Umsätzen und Kfz-Neuzulassungen in Frankreich und Italien getrieben. Des Weiteren brachten die Umsätze und Auftragseingänge

der Industrie in Deutschland für den Berichtsmonat Januar den Nowcast Mitte März auf +0,5%. Der negative Einfluss der Einkaufsmanagerindizes (Produktion und Dienstleistungen) verringerte den Schätzwert wieder auf +0,4%. Seit Ende März verharrte der Nowcast bei diesem Wert, da ungünstige Meldungen zum Arbeitsmarkt u. a. von einer Verbesserung des Konsumklimas sowie von leicht steigenden Auftragseingängen in der Industrie ausgeglichen wurden. Die positiven Meldungen zu Produktion im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) ließen den Nowcast zuletzt wieder auf 0,5% steigen.

ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 1. UND DAS 2. QUARTAL 2024 IN %



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

MONETÄRE ENTWICKLUNG

IN KÜRZE

Die EZB hat in ihrer letzten Sitzung am 11.04.24 wie erwartet die Zinsen und den geldpolitischen Kurs unverändert belassen. Die nächste Zinsentscheidung ist am 06.06.24, dann erwarten viele Marktbeobachter eine erste Zinssenkung. Die Finanzierungsbedingungen für private Haushalte, Unternehmen und Staaten haben sich im letzten Quartal im Großen und Ganzen wenig verändert. Der Euro notiert seit Jahresbeginn 2023 gegenüber US-Dollar leicht im Plus, hat gegen das britische Pfund leicht ab- und gegen den Yen aufgewertet.

INFLATION

Die Inflation in der Eurozone fiel in den letzten drei Monaten weiter. Von Januar bis März stieg das allgemeine Preisniveau durchschnittlich nur noch um 2,6% gegenüber dem Vorjahr. Das Spektrum der Raten der einzelnen Euroländer variiert bei einer Amplitude von durchschnittlich 4,6%-Punkten in den letzten drei Monaten – von zuletzt 0,3% in Zypern bis 4,9% in Litauen (Abb. 1).¹ Während die Energiepreise im letzten Quartal durchschnittlich um 3,9% fielen, stiegen die Lebensmittelpreise im selben Zeitraum weiter um 4,1%. Die Kernrate der Inflation, also ohne die

stark schwankenden Preise für Energie und Nahrungsmittel, fiel im selben Zeitraum um durchschnittlich 3,1% auf zuletzt 2,9%.

Turnusgemäß hat die Notenbank am 07.03.24 auch neue Prognosen für die Eurozone präsentiert (Abb. 2). Die Prognosen wurden vor allem für 2024 angepasst. Die EZB rechnet mit einer Inflation (Kerninflation) von 5,4% (5,4%) in 2023, 2,3% (2,7%) in 2024, von 2,0% (2,1%) in 2025 und von 1,9% (1,9%) in 2026. Das BIP werde laut EZB um 0,6% in 2024, um 1,5% in 2025 und 1,6% in 2026 wachsen. Damit reiht sich die EZB-Prognose an jüngere Prognosen wie von der OECD, die 2024 weniger Wachstum, aber auch weniger Inflation erwarten, ein. Bei der Inflation liegt die EZB sogar am unteren Ende mit ihren Erwartungen.

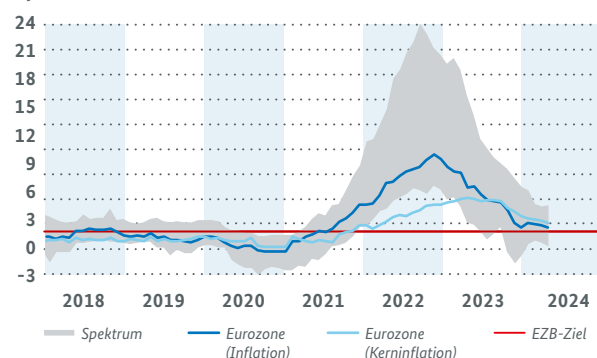
GELDPOLITISCHER KURS DER EZB

Zinsen: Die EZB hat am 11.04.24 wie erwartet die Zinsen unverändert belassen. Die Leitzinsen betragen weiter 4,50% für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, 4,75% für den Spitzenrefinanzierungssatz und 4,00% bei der Einlagefazilität. Vor allem bei Dienstleistungen sei der Preisdruck weiter hoch (März: 4,0%). Aber laut EZB-Präsidentin Lagarde seien einige Mitglieder des EZB-



ABB. 1: BLICK ZURÜCK

Inflation in der Eurozone, monatlich (%)

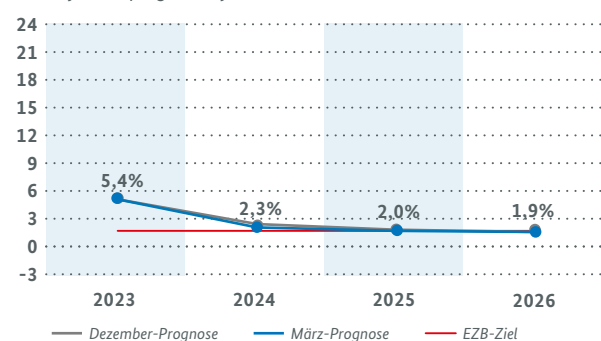


In % ggü. Vorjahr, bezogen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Die Bandbreite zeigt die höchsten und niedrigsten Inflationsraten der einzelnen Euroländer an. März-Werte vorläufig.

Quellen: EZB für Prognosen, Eurostat, Macrobond für historische Daten

ABB. 2: BLICK NACH VORNE

EZB-Inflationsprognosen, jährlich (%)



¹ Gemessen auf Basis des über die Eurozone Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

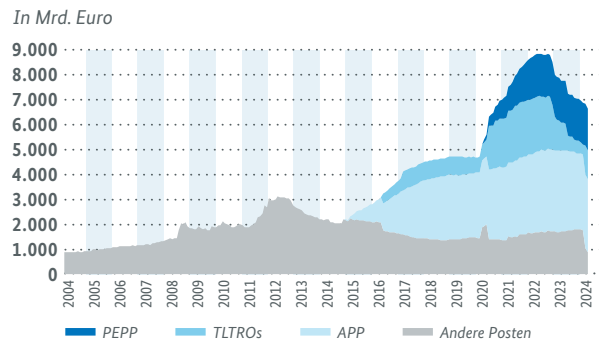
Rats bereits heute für eine Zinssenkung gewesen. Auf der Pressekonferenz sagte Lagarde zudem: „*We are not waiting until everything goes to two percent.*“ Die nächste Zinsentscheidung ist am 06.06.2024, dann werden auch neue makroökonomische Prognosen vorgelegt. Dann erwarten viele Marktbeobachter eine erste Zinssenkung. Die EZB lehnt aber explizit jede Vorfestlegung auf etwaige Zins-schritte ab. Zinsentscheidungen treffe man weiter daten-abhängig und meeting-by-meeting.

Wertpapierankaufprogramme: Die Einstellung der Wertpapierankaufprogramme blieb ebenfalls unverändert. Das Quantitative Tightening, also der Abbau der Portfolios durch keine (beim APP)/immer weniger (beim PEPP) Reinvestitionen von fällig werdenden Posten, geht weiter. Die EZB-Bilanz beläuft sich derzeit auf 6.620 Milliarden Euro (etwa 57% des BIP der Eurozone). Das sind rund ein Viertel weniger als zum Höhepunkt im Mai 2022 – die Bilanz normalisiert sich also allmählich. En détail zu APP und PEPP:

- Die Bestände des regulären Ankaufprogramms APP (2.932 Milliarden Euro/44 % der EZB-Bilanz) schrumpfen weiter, nachdem die EZB letzten Sommer hier die Reinvestitionen fällig werdender Posten eingestellt hat.
- Die Bestände des Notfallprogramms PEPP (1.662 Milliarden Euro/25% der EZB-Bilanz) blieben zuletzt konstant. Aber auch hier will die EZB von Juli bis Ende des Jahres nur noch die Hälfte aller fällig werdenden Posten (ca. 7,5 Milliarden Euro/Monat) reinvestieren. 2025 sollen die PEPP-Reinvestitionen eingestellt werden, sodass auch das PEPP dann auslaufen wird. Die EZB nutzt PEPP-Reinvestitionen weiter „flexibel“, kauft also Staatsanleihen bestimmter Euroländer bevorzugt an. Dies tut sie, um Fragmentierung zu verhindern, also das zu starke Auseinanderdriften der Spreads (Zinsaufschlag gegenüber Bundesanleihen mit gleicher Laufzeit) der Euroländer.

Neues operatives Rahmenwerk: Darüber hinaus hatte die EZB bereits im März angekündigt, dass sie im September ihr operatives Rahmenwerk anpassen wird. Dabei geht es darum, wie sich Banken künftig Liquidität beschaffen, also Mittel zum kurzfristigen Begleichen von Schulden. Die EZB will Liquidität künftig wieder mehr über ihre regulären Auktionen als über den Ankauf von Wertpapieren steuern. Letzteres hat die Banken im Laufe der letzten Jahre sehr große Überschussliquidität aufbauen lassen (siehe unten, Abb. 7). Dazu will die EZB den Abstand zwischen Einlage- und Hauptrefinanzierungssatz verkleinern. Außerdem sollen mittelfristig neue langfristige Kredite (LTROs) vergeben und ein „strukturelles“ Anleiheportfolio eingerichtet werden. Damit will sich die EZB auch für Maßnahmen im Rahmen ihres zweiten Mandates, der „Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik der EU“, öffnen.

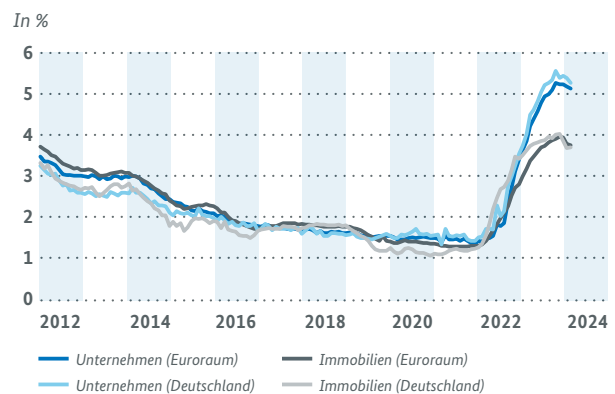
ABB. 3: EZB-BILANZ



FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN

Die nominalen Kreditzinsen sind für Unternehmen weiter höher als in Zeiten der Staatsschuldenkrise vor 13 Jahren – haben aber ihren Zenit hinter sich gelassen. Immobilienkreditzinsen sind mittlerweile sogar etwas niedriger als zu ihrem Höhepunkt während der Staatsschuldenkrise. Unternehmen zahlten im letzten Quartal durchschnittlich 5,2% Zinsen in der Eurozone insgesamt und 5,4% in Deutschland. Im gleichen Zeitraum zahlten private Haushalte für einen Immobilienkredit 3,8% in der Eurozone ebenso wie in Deutschland (Abb. 4).

ABB. 4: ZINSEN AUF UNTERNEHMENSANLEIHEN UND FINANZIERUNGSKOSTEN FÜR PRIVATE HAUSHALTE



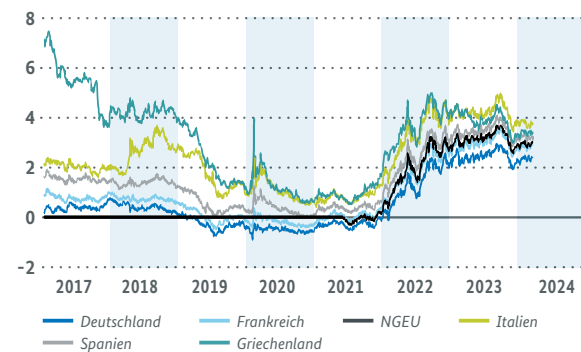
Die Zinsen 10-jähriger Staatsanleihen der Eurozone haben sich binnen der letzten drei Monate im Großen und Ganzen seitwärts bewegt. Ähnlich sieht es bei den Spreads gegenüber Bundesanleihen aus, wobei der italienische Spread unter den großen Euroländern am



stärksten schwankte. Deutsche Bundesanleihen notierten zuletzt um 2,4 % (Abb. 5). Die höchsten Zinsen gibt es bei italienischen Staatsanleihen; sie lagen zuletzt bei 3,7 % mit einem Spread zu Deutschland von 138 Basispunkten. EU-Anleihen (hier für NGEU) rentierten zuletzt bei 3,0 % mit einem Spread von 61 Basispunkten.

ABB. 5: ZINSEN AUF 10-JÄHRIGE STAATSANLEIHEN

In %

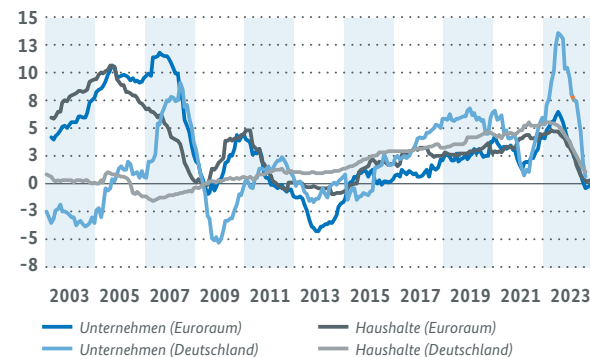


Quelle: Bloomberg

Die ausstehende Menge von Krediten an Haushalte wuchs von Oktober bis Dezember (letzter Datenpunkt) in der Eurozone um durchschnittlich 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr (jüngere Daten für Deutschland standen zu Redaktionsschluss noch aus). Die Kreditmenge an Unternehmen in der Eurozone stagnierte im gleichen Zeitraum. Das Wachstum der Kreditmenge hat sich damit weiter verlangsamt (Abb. 6). Allerdings deutet sich laut jüngstem Bank Lending Sur-

ABB. 6: KREDITWACHSTUM

Unternehmen ohne Banken. In % ggü. Vorjahr



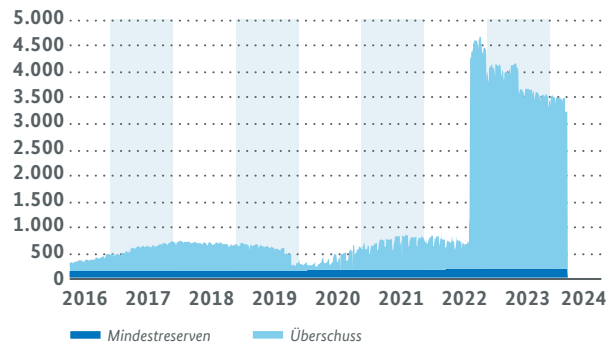
Quellen: EZB, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

vey der Bundesbank an, dass sich die Belastungsfaktoren für die Unternehmenskreditnachfrage im Euroraum und in DEU abschwächen.²

Die Banken der Eurozone hielten zuletzt etwa 3.086 Milliarden Euro an Überschussliquidität (Abb. 7) in der Einlagefazilität, Tendenz fallend. Die oben erwähnte Änderung des operativen Rahmenwerkes soll den weiteren Abbau dieser Bestände befördern.

ABB. 7: LIQUIDITÄT IM EUROBANKENSYSTEM

In Mrd. Euro



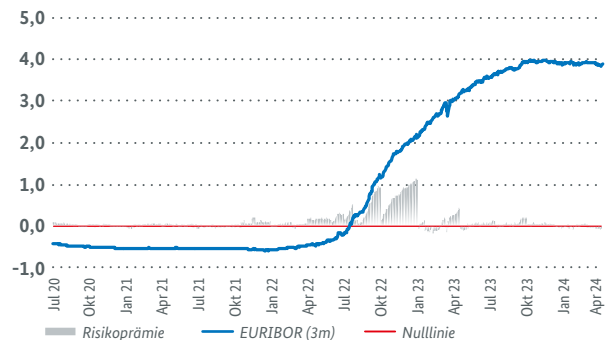
Überschuss: Über Mindestreserven hinaus gehaltene Liquidität in der Einlagefazilität.

Quellen: EZB, eigene Berechnungen

Am Geldmarkt, an dem Banken unbesichert ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf decken, bewegen sich die Zinsen seitwärts. Der EURIBOR, einer der am stärksten genutzten Referenzzinssätze in der Eurozone (hier für Geschäfte mit Laufzeit von 3 Monaten), notierte in den letzten drei Mo-

ABB. 8: GELDMARKT

In %. Risikoprämie ggü. Eurex Repo STOXX GC Pooling Market, Referenzlaufzeit: 3 Monate



Quellen: EZB, eigene Berechnungen

² <https://www.bundesbank.de/de/presse/pressenotizen/april-ergebnisse-der-umfrage-zum-kreditgeschaeft-bank-lending-survey-in-deutschland-914180>

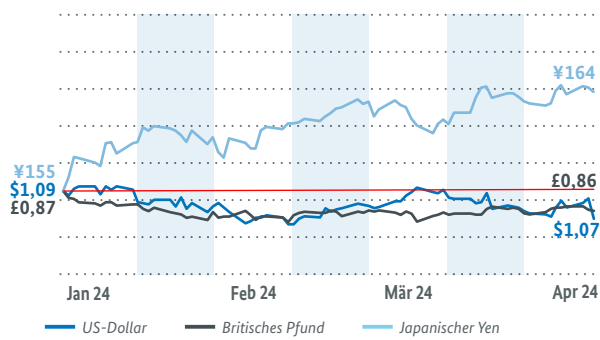
naten bei durchschnittlich 3,9% (Abb. 8). Der Risikoaufschlag zu besicherten Instrumenten für die gleiche Laufzeit schwankte seit Jahreswechsel wieder weniger und notierte in den letzten drei Monaten bei durchschnittlich 0,1%.

WECHSELKURSE

Der Euro steht im Vergleich zum Jahresbeginn gegenüber dem US-Dollar mit 2 % im Minus und notierte bei zuletzt 1,07 US-Dollar pro Euro. Gegenüber dem britischen Pfund hat der Euro seit Jahresbeginn 1 % abgewertet und notierte zuletzt bei 0,86 Pfund pro Euro. Gegenüber dem japanischen Yen hat der Euro seit Jahresbeginn rund 6 % an Wert gewonnen und notierte zuletzt bei 164 Yen pro Euro (Abb. 9).

ABB. 9: WECHSELKURSE

Index rebasiert auf 1. Januar 2024 = 100



IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

Stand

April 2024

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

Titel, S. 03, 07: iStock/Ivan Kameniaka
S. 02: BMWK/Dominik Butzmann
S. 16: iStock/Pilathis
S. 20: iStock/IFest
S. 24: iStock/Bertlmann
S. 26: HTW Dresden, Fakultät Bauingenieurwesen

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.